

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 146.

Dienstag, den 25. Juni 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Volkskraft und Sozialpolitik.

Professor Dr. Richard Ehrenberg, der Rostocker Nationalökonom nach dem Herzen des Unternehmertums, den bekanntlich die Großindustriellen vor einigen Jahren auf ihre Kosten an die Leipziger Universität zu bringen versuchten, damit er dort für seine „exakte“ Wirtschaftsforschung — d. h. im Interesse des Unternehmertums — wirke, verlangt im neuesten Heft seines „Archivs für exakte Wirtschaftsforschung“ eine neue „wissenschaftliche Begründung der Sozialpolitik“. Das ist nicht verwunderlich bei einem Professor, der die Sozialpolitik bisher stets für unbegründet gehalten hat. Herr Ehrenberg ist nun zwar ein Eingänger ohne wesentlichen Anhang in den wissenschaftlichen Kreisen. Aber seine Darlegungen über die Notwendigkeit einer naturwissenschaftlichen Begründung der Sozialpolitik sind nicht ohne Interesse. Lassen sie doch endlich erkennen, wie die „maßvolle Sozialpolitik“ beschaffen sein soll, die dieser „exakte“ Wirtschaftsforscher und seine großindustriellen Anhänger für gut befinden. Die naturwissenschaftlichen Gründe, die für die Sozialpolitik sprechen, sind natürlich keine neuen Entdeckungen des Rostocker Professors. Dieser verlangt auch nicht etwa, daß auch aus naturwissenschaftlichen Gründen Sozialpolitik getrieben werden soll, denn das ist bisher schon immer gewesen. Daß mangelhafte Ernährung, überanstrengende Arbeit, ungesunde Wohnung, schlechte Kleidung usw. die Arbeiter körperlich ruinieren müssen, daß dadurch eine Degeneration herbeigeführt, die Volkskraft untergraben wird und ein solcher Zustand auf die Dauer auch selbst die Unternehmer schädigen müßte, ist altbekannt und stets zur Begründung der Sozialpolitik ins Feld geführt worden. Auch hat man längst vor der Dresdener Hygiene-Ausstellung gewußt, wie die Ernährung, die Wohnung und die Kleidung beschaffen sein müssen, um den Körper gesund zu erhalten. Nun kommt aber Herr Dr. Ehrenberg, der bei seiner bisherigen Bekämpfung der Sozialpolitik gemerkt hat, daß die Zeit vorüber ist, in der man mit einer einfachen Regierung der Sozialpolitik noch Anklang finden konnte, und will den verbohrteten Sozialpolitikern zeigen, was die Dresdener Hygiene-Ausstellung uns gelehrt habe: daß nämlich die Sozialpolitik naturwissenschaftlich begründet werden müsse. Das klingt sehr verständlich und kann auch recht einmal bestritten werden. Aber der Sozialpolitiker der Großindustriellen meint nur naturwissenschaftlich, und da steckt der Pferdefuß.

Das Wesen der neuzeitlichen Sozialpolitik sieht Herr Ehrenberg darin, daß an Stelle des Produktionsproblems, das für Staat, Gesellschaft, Wissenschaft früher im Vordergrund gestanden habe, jetzt unter dem Einflusse des Sozialismus namentlich in Deutschland das Verteilungsproblem immer mehr hervorgetreten sei. Früher sei das Hauptgewicht darauf gelegt worden, daß möglichst viel produziert wird, daß es gelingt, der Natur immer mehr Güter abzurufen; jetzt dagegen interessiere man sich weit mehr dafür, wie der Produktionsertrag verteilt werde. Der Herr Professor gibt auch zu, das Verteilungsproblem sei früher „ungebühlich vernachlässigt“ worden. Nun aber litt man an dem entgegengesetzten Ubel und außerdem an einer „falschen Begrenzung des Verteilungsproblems“: man will dem „Arbeiter“ zu viel geben. Herr Ehrenberg spricht vom Arbeiter immer nur in Anführungsstrichen, womit er wohl ausdrücken will, daß auch die Unternehmer Arbeiter seien. Deshalb findet er auch nicht, daß eine ungerechte Güterverteilung stattfände, wie dies auch die Kathedersozialisten darstellten. Die Existenz der Lohnarbeiter sei nicht tragbar, ihr Lohn stehe im Verhältnis zu ihren Leistungen und die Arbeiter seien keineswegs so schwach und schutzbedürftig, daß die bürgerliche Gesellschaft ihnen gegenüber unausgesetzt noch ein schlechtes Gewissen haben müsse. Es gebe zwar noch „viel Elend auf Erden“. Aber das liege nicht an der ungerechten Güterverteilung, sondern daran seien die einzelnen Menschen selbst schuld! Trotzdem sei eine Sozialpolitik notwendig, aber auf einer neuen Grundlage. Ihr Ziel müsse sein die Volkskraft gesund zu erhalten und zu stärken. Die Schädlichkeiten, die die Volksgesundheit bedrohen, beziehen sich auf notwendige Lebensfunktionen, als da sind: essen, trinken, sich kleiden, wohnen, den Haushalt führen, gesellig verkehren, arbeiten, Kinder erzeugen, Kinder lehren usw. Die Dresdener Hygiene-Ausstellung habe nun gezeigt, wie das alles beschaffen sein müsse, um ein gesundes Volk zu erhalten. Und das zu erstreben — das soll die einzige Aufgabe der Sozialpolitik sein!

Professor Ehrenberg mag schon recht haben, wenn er annimmt, daß für eine solche naturwissenschaftlich begründete „maßvolle“ Sozialpolitik auch alle diejenigen zu haben sein würden, die gegen die heutige Sozialpolitik einen Widerwillen haben. Was sie bedeutet, ist auch

nicht schwer zu erkennen. Die auf der Dresdener Hygiene-Ausstellung ausgestellte Gefangenekost enthielt alle die Nährstoffe, die zur Gesunderhaltung eines Menschen notwendig sind. Sie wäre also ungefähr die Kost, die eine „naturwissenschaftlich begründete“ Sozialpolitik für die Arbeiter zu erstreben hätte. Den Arbeitern braucht man dann in den meisten Fällen keinen höheren Lohn zu gewähren, sondern verabreicht ihnen — Kochrezepte! So meint es auch Ehrenberg, wie seine Betrachtungen über die Kleidung am deutlichsten zeigen. Daß auch die Kleidung nicht den hygienischen Anforderungen genüge, habe ebenfalls die Hygiene-Ausstellung gezeigt. Soweit man nach dem vorliegenden Material urteilen könne, schreibt Ehrenberg dann wörtlich, „leidet die Deckung des Kleidungsbedarfs Minderbemittelter in wirtschaftlicher (!) Hinsicht an einem doppelten Mißverhältnis: erstens nehmen die Ausgaben für Kleidung meist einen zu großen Teil der Einnahmen weg, weil die Frauen nicht gut zu wirtschaften verstehen, und ferner werden . . . Dauerhaftigkeit und Zweckmäßigkeit der Kleidung in weitem Umfange dem raschen Wechsel der Mode geopfert . . . Das Kleidungsbedürfnis ist besonders starker Einschränkung . . . fähig, ohne daß dadurch der Zustand der Volkskraft entsprechend beeinträchtigt wird . . . umgekehrt wird die Einschränkung des Kleidungsbedarfs . . . die Volkskraft fördern.“

Die „naturwissenschaftlich begründete Sozialpolitik“ des Herrn Ehrenberg kommt also zu einer Einschränkung der Lebensbedürfnisse der Arbeiter. Zu einem hygienisch einwandfreien Leben genügt ein einfaches Ratunkleid für die Frauen, das einige Sommer getragen werden kann. Vom „naturwissenschaftlichen“ Standpunkt ist es vielleicht besser, daß der Arbeiter auch des Sonntags eine einfache Bluse trägt — er spart dann Rock, Weste, Taschenuhr, Krawatte, Kragen. Auch die Wohnung bedarf von naturwissenschaftlichen Standpunkt aus keines Schmuckes. Mit den jetzigen Löhnen der Arbeiter läßt sich dann ein gesundes Leben der Arbeiter, eine Gesunderhaltung der Volkskraft erzielen; mehr zu tun, könne nicht Aufgabe einer Sozialpolitik sein. Somit entspuppt sich die „naturwissenschaftliche“ Sozialpolitik als eine „Arbeiterzucht“ nach den Grundsätzen der Viehzucht! Mit dieser „maßvollen“ Sozialpolitik wären freilich auch die großindustriellen Verehrer des Herrn Professor Ehrenberg einverstanden.

Die Erhaltung und Stärkung der Volkskraft gehört selbstverständlich zu den Aufgaben der Sozialpolitik, die auch naturwissenschaftlich eine Begründung erhält. Aber was die Arbeiter erstreben, ist nicht nur ein gesundes, hygienisch einwandfreies Leben, sondern auch ein gebührender Anteil an den Lebensgütern und Kulturgenüssen! Nicht nur aus gesundheitlichen Gründen verlangen die Arbeiter eine Verkürzung der Arbeitszeit, sondern auch um freie Zeit zum Genießen zu erhalten. Die Arbeiter wollen eben mehr sein, als nur Arbeitstiere, Teile der „Volkskraft“, die nach naturwissenschaftlichen Grundsätzen behandelt wird, wie die Viehzucht, sondern Menschen mit gleichen Rechten an den Lebensgütern. Und deshalb hat für sie nur eine Sozialpolitik Wert, die auch die kapitalistisch ungerechte Verteilung des Produktionsertrages bekämpft und sich eine bessere, gerechte Verteilung des Produktionsertrages zum Ziele setzt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Fuhrmänner der nationalliberalen Partei scheinen sich neben der „Allnationalliberalen Korrespondenz“ die „Post“ als Publikationsorgan ausgesucht zu haben. Wenigstens enthält die „Post“ die allnationalliberale Antwort auf den gegen die Allnationalliberalen gerichteten Aufruf nationalliberaler Führer. Die Antwort kehrt den Spieß um. Wenn der Schlussatz des Rundschreibens der nationalliberalen Führer betont habe, die nationalliberale Partei müsse die Vertreterin des gesamten national und liberal fühlenden Bürgertums bleiben, so sei dem folgendes entgegen zu setzen:

„Gerade dies: der nationalliberalen Partei ihren nationalen Grundcharakter zu wahren und sie in den Bahnen eines wirklichen und gemäßigten Liberalismus zu halten, so daß sie die Vertreterin des gesamten wirklich national fühlenden Bürgertums bleibt, ist der Wille des neubegründeten Reichverbandes der Allnationalliberalen. Um diesen Willen zu konzentrieren, zu verstärken und durchzusetzen hat sich diese nationalliberale Organisation gebildet. Nicht aus Sucht zur „Sonderbündelei“, sondern zur Pflege der nationalliberalen Gesamtinteressen ist sie geschaffen worden, und zwar deshalb, weil das immer bedenklicher werdende Übergewicht der jungliberalen Sonderverbände die Gefahr sichtlich wachsen läßt, daß die Gesamtpartei mehr und mehr in das Fahr-

wasser einer Politik geführt wird, die auf Kosten der nationalen und liberalen Bedürfnisse und Forderungen dem Radikalismus nicht sowohl liberaler als vielmehr sozialistischer Strömungen Vorschub leistet. Am greifsten hatte diese Gefahr die Tatsache beleuchtet, daß die große Mehrheit der nationalliberalen Reichstagsfraktion bei den Präsidentenwahlen ihr Vertrauen einem Bebel und einem Scheidemann zuwendete und für deren Kandidaturen eintrat.“

Bei dem nationalliberalen Spießbürgertum dürfte dieses Schwanken mit dem roten Lappen den gewünschten Erfolg haben, Eingeweihle lassen sich aber durch solche Redensarten nicht täuschen. Wie denn die Allliberalen selbst in der gleichen Notiz noch die wirklichen Gründe ihrer Sonderbündelei aufdecken:

„Mit lebhafter Genugtuung ist die Begründung des Reichsverbandes der Allnationalliberalen in industriellen Kreisen begrüßt worden: als die nicht mehr zu entbehrende Gewähr, daß die nationalliberale Partei den Einflüssen einer überwiegend antinationalen, antiliberalen und damit antindustrialen Sonderpolitik, wie sie vornehmlich in den Reihen des Jungliberalismus verkörpert wird, nicht rettungslos anheimfällt.“

Die industriellen Scharfmacher waren schon lange vor den letzten Reichstagswahlen und lange vor der Präsidentenwahl im Reichstage mit der Bassermannschen Führung der nationalliberalen Partei unzufrieden. Daß sie sich definitiv absondern von der Bassermannschen Richtung ist nur eine Frage der Zeit, der Allnationalliberale Reichsverband bildet den Anfang dieser Trennung, und diese Trennung hat nichts mit einer Verlegung von liberalen und nationalen Traditionen zu tun, den Scharfmachern ist nur die Bassermannsche Gruppe der Nationalliberalen auf sozialpolitischem Gebiete nicht willfährig genug. So ist der wirkliche Tatbestand, losgeschält von dem Blendwerk Fuhrmannscher nationaler und liberaler Fragen.

Der Jubel der „Kölner“.

Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften gibt der Berliner Richtung noch einen Fußtritt, indem es u. a. erklärt: „Nachdem die massenhafte Flucht aus den katholischen Fachabteilungen vor sich ging, holte man zu einem außerordentlichen Schläge gegen die christlichen Gewerkschaften aus, der sich indessen als ein Schlag ins Wasser erwies. Die Angelegenheit hat einen anderen Ausgang genommen, als ihn die „Berliner“ Richtung voraussah. Der Sitz Berlin hat Grund zu elegischem Geklage, denn dieser neueste Streich hat seine Sache nicht nur nicht weitergebracht, sondern sie ganz bedeutend verschlechtert. Das eigenmächtige, hinterlistige, unwahrhaftige Vorgehen hat die alten Gegner der Bestrebungen der Fachabteilungsmänner wachamer gemacht und neue Gegner haufenweise geschaffen. Heute revoltiert jeder anständige Mensch gemeinsam gegen derartige Praktiken, wie sie sich das Berliner System immer wieder herausnimmt. Dieser letzte Streich, den die Berliner geführt haben, kann bewirken, daß er wirklich der letzte gewesen ist.“

Dieser Erguß dürfte nicht ganz in den Rahmen des Programms der Bischöfe, die in Hildesheim versammelt waren und die auf der ganzen Linie „Ruhe!“ kommandierten, passen. Den preussischen Bischöfen sind die süddeutschen Bischöfe gefolgt. Nach der „Augsburger Postzeitung“ haben auch diese die Parole an die katholische Presse ausgegeben, öffentliche Kundgebungen über den Streit zu unterlassen, da auch sie die Sache „in ernste und wohlwollende Beratung genommen haben“.

Die Besitzsteuer hat noch gute Weile.

Der Reichstag hat zwar als den spätesten Zeitpunkt für die Einbringung der Gesetzesvorlage für eine allgemeine Besitzsteuer den 30. April 1913 gewählt. Aber es sieht nicht so aus, als ob sich die gegebenen Instanzen beeilen, diesem Verlangen des Reichstages nachzukommen. Das Gegenteil kann man annehmen, wenn offenbar gut unterrichtete Blätter jetzt mitteilen, daß der Aufstellung eines Gesetzentwurfs zunächst sehr eingehende Beratungen mit den Finanzministern der Bundesstaaten vorausgehen müßten. Diese könnten aber naturgemäß während der Sommerpause, in der auch die Vertreter der Einzelstaaten im Bundesrat in ihrer Mehrzahl von Berlin abwesend sind, weder stattfinden, noch erfolgreich vorbereitet werden. Vor dem Herbst werde also eine Verständigung der Bundesregierungen mit dem Reichschahamt über die Grundzüge der Vorlage nicht zu erwarten sein. Sobald diese erreicht sei, beginne die Aufstellung des Gesetzentwurfes, zu dem nach seiner Fertigstellung naturgemäß auch das preussische Staatsministerium noch Stellung zu nehmen habe. Daran schließe sich die Einbringung im Bundesrat und die eingehende Durchberatung in seinen Ausschüssen. Diese Erwägungen führen zu dem Ergebnis, daß die Vorlegung des Gesetzentwurfes für eine allgemeine Besitzsteuer im Reichstage erst in den Wintermonaten erfolgen könne.

Der Segen des Militarismus für die Großindustrie.

Von der österreichischen Regierung wird gegenwärtig eine Umfrage über die Wirkung der Kartelle veranstaltet. Als nun bei der Beratung über das Eisenkartell unser Parteigenosse Dr. Carpelos die Frage anschnitt, wie es denn damit stehe, daß das österreichische Eisenkartell der Kriegsmarine für die Lieferungen einen 15-20 prozentigen Aufschlag berechne, erwiderten die Nachbarn des Eisenkartells, die Generaldirektoren Schäffer und Cestranek, daß dieser Aufschlag die Folge der strengen Anforderungen sei, die die Leitung der Marine an die Lieferungen stelle, und die Kartellisten fügte hinzu, daß in Deutschland die Eisenwerke der Marine einen 25-30 prozentigen Aufschlag aus dem gleichen Grunde berechnen. Wenn das nun in Deutschland billig sei, so müsse das den Österreichern eben auch recht sein.

Für die deutschen Steuerzahler wird diese Mitteilung aus beruflichem Munde nicht uninteressant sein, und es ergibt sich nur die Frage, ob das Eisenkartell bei Auftraggebern, denen es diesen Aufschlag nicht berechnet, die Lieferungen weniger genau und streng ausführt.

Oberbürgermeister Vermuth.

Staatssekretär a. D. Vermuth ist nach einer Mitteilung des Berliner Magistrats durch Erlass vom 19. d. M. zum Ersten Bürgermeister von Berlin bestätigt worden. Gleichzeitig wurde ihm der Titel Oberbürgermeister verliehen.

Die Fortschrittler gegen Herrn v. Gerlach.

Es ist schon mitgeteilt worden, daß der Führer der Demokratischen Vereinigung, H. v. Gerlach, die ihm gehörende „Hessische Landeszeitung“ in Marburg verkauft hat und daß er in Marburg nicht wieder zum Reichstag kandidieren will. Aber die Gründe, die v. Gerlach jetzt zu diesem Schritt veranlaßt haben, spricht er sich im „Freien Volk“ eingehender aus. Er schreibt da:

„Nicht wegen der Niederlage gehe ich. Nach der Wahl war ich fest entschlossen, weiter zu arbeiten. Aber ich habe mich davon überzeugen müssen, daß diese Weiterarbeit ohne praktisches Ergebnis bleiben müsse. Die Fortschrittler Marburgs entschlossen sich, mit finanzieller Unterstützung von Kassel und Berlin aus — wenn es gegen Sie geht, steht uns unbegrenzt Geld zur Verfügung“, sagte mir einer — den systematischen Vernichtungskampf gegen mich aufzunehmen. Der bisherige Redakteur der „Hessischen Landeszeitung“, Pörsch, wurde zum fortschrittlichen Parteisekretär für Kurhessen vom 1. Oktober ab gewählt. Er sollte seinen Sitz nicht etwa in der Hauptstadt und dem politischen wie geographischen Zentrum Kurhessens, Kassel, nehmen, sondern in Marburg. Natürlich, damit er vor allem in der Lage sei, mir meine Wähler abippenhaftig zu machen.

Es wurde beschlossen, ein fortschrittliches Organ für Kurhessen zu begründen, nachdem man vergeblich versucht hatte, mir meine Zeitung abzukaufen. Das fortschrittliche Blatt sollte in Marburg erscheinen. Warum nicht in Kassel? Weil dort der Boden zu ungünstig sei, während er durch meine Arbeit in Marburg für eine Politik der Linken gut vorbereitet sei! In welcher Weise der Kampf gegen mich geführt werden würde, darüber wurde mir kein Zweifel gelassen. Mein eigener Redakteur Pörsch begann ihn bereits in meiner eigenen Zeitung in einer Weise, die mit Loyalität nichts, aber auch gar nichts, zu tun hatte. Seine Masche strotzt schon von dem „Material“, mit dem er gegen mich losziehen wollte. Mit persönlichen Angriffen wollte er mich vernichten. Vor allem wollte man meine Zeitung ruinieren. Ein Führer der Fortschrittler erklärte mir, mündlich und schriftlich, daß man mir durch Einwirkung auf die Geschäftsleute die Inserate abtreiben wolle! Nobel, was? Meiner Kampfnatur entsprechend lag für mich die Verfolgung sehr nahe, trotzdem oder vielmehr gerade deshalb den Fehdehandschuh aufzunehmen. Freilich, der persönliche Kampf war mir immer widerlich. Ich hätte mich auch völlig außerstande gefühlt, einer Taktik wie der Abtreibung von Anhängern mit den gleichen Mitteln zu begegnen. Aber vielleicht wäre es doch möglich gewesen, bei einem Kampf mit anständigen Waffen auch einem krupellojen Gegner gegenüber die Oberhand zu gewinnen.“

v. Gerlach schließt seinen Artikel, in dem er noch mitteilt, daß er sein Blatt unter der Bedingung, daß es nicht zu Angriffen gegen die Demokratische Vereinigung und gegen ihn benutzt werden dürfe, an seinen Geschäftsführer Köhler verkauft habe, mit folgenden Sätzen:

„Ich nehme hiermit Abschied von Marburg. Ob die Fortschrittler irgend welche Früchte daraus ernten werden, bezweifle ich stark. So wie ich die Stimmung unter meinen Wählern kenne, wird ein sehr großer Teil von ihnen, wenn er nicht mehr demokratisch wählen kann, einen Schritt weiter nach links gehen. Gegen eine Rechtsentwicklung hat sie meine Arbeit immer gemacht. Und das ist wenigstens etwas.“

Zwei Fortschrittsparteien in Eläß-Lothringen.

In der liberalen Landespartei hatten bisher die Liberalen Eläß-Lothringens ihre politische Organisation, die nun durch die vor vierzehn Tagen in Straßburg gegründete Fortschrittspartei für Eläß und die am Sonntag in Metz ins Leben gerufene Fortschrittspartei für Lothringen ersetzt wird. Die Auflösung der alten Organisation und die Trennung wurde nach den Meldungen liberaler Richterblätter in vollkommener Übereinstimmung und in Anerkennung des berechtigten Partikularismus beider Landesteile vollzogen. Das Programm bleibt für beide Parteien im wesentlichen das der bisherigen liberalen Landespartei, wobei die Elässer durch Annahme der Demokraten eine gewisse Linksabweichung vorgenommen haben.

Die Liberalen Lothringens hoffen von dieser Trennung, daß bedeutende einheimische Männer fortschrittlicher Richtung jetzt eher zur Mitarbeit geneigt sein werden, als in der von Straßburg aus dirigierten liberalen Landespartei.

Rußland.

Man fängt auch der Zar an, Reden zu halten.

Der Henkerzart, der sich aus guten Gründen vor seinem „treuen Volk“ versteckt hält, hat sich entschließen müssen, eine Auslese der Duma abgeordneten zu empfangen. Von seiner Kamarilla inspiriert, trat er nun als Zensor der Duma auf, indem er erklärte: „Im Verlauf von fünf Jahren folgte ich aufmerksam dem Arbeitsgange der Reichsduma. Ich will nicht vor Ihnen verbergen, daß einige Fragen nicht die Richtung erhielten, die ich wünschenswert finde. Die Debatten haben nicht immer einen ruhigen Charakter getragen, während die Arbeit hauptsächlich Ruhe erfordert. Andererseits bin ich froh, bestätigen zu können, daß Sie viel Mühe und Fleiß auf die Lösung der in meinen Augen hauptsächlich erscheinenden Fragen verwandten, und zwar die Frage der Organisation des Agrarwesens, die Versicherung und Versorgung von Arbeiterfamilien, die Volksbildung sowie alle die Landesverteidigung berührenden Fragen. Die gestrige Abstimmung über die Anweisung eines sehr bedeutenden Kredits zum Flottenausbau hat mir wahre Freude bereitet. Ich finde es wünschenswert, in erster Linie die Aufmerksamkeit auf das mir von meinem heißgeliebten Vater hinterlassene Erbe, die Kirchen und Gemeindegemeinschaften, zu richten.“ — Daß der Zar nicht einmal der „Herrnduma“ sein uneingeschränktes Lob aussprechen konnte, das zeigt, daß die reaktionären Erwartungen des Hofes viel weiter gehen, als selbst dieses Zerrbild einer Volksvertretung mitmachen kann.

Die Debatte über die Ratorgaabgeordneten.

Die Interpellation betreffs der sozialdemokratischen Abgeordneten der zweiten Duma, die seinerzeit trotz ihrer Unschuld zur Ratorga verurteilt worden sind, hat in der Duma eine lebhafte Debatte hervorgerufen, aber, wie erwartet wurde, keinen Erfolg erzielt. Der Vorsitz der Oktoberisten Matimin fand das Vorgehen der Stolypinschen Gewalttätigkeit für gerechtfertigt und die Duma verschloß sich vor den Ausführungen des Genossen Gegeßkorki über die Provokation, die jenes unerhörte Verdikt gegen eine ganze Parlamentsfraktion gezeitigt hat. Gegeßkorki mochte noch so überzeugend darauf hinweisen, daß ja die Sozialdemokratie laut ihrem Programm jedwede Verschönerung ablehnt, die herrschenden Parteien wollten auf eine sachliche Untersuchung der wirklichen Vorgänge überhaupt nicht eingehen. Nur mit skandalösen Zwischenrufen und einigen Beschimpfungen antworteten die lärmenden Schreier auf der rechten Seite des Hauses. In der russischen Duma ist es nun einmal so, daß jedesmal das Schimpfepetikon herhalten muß, wenn gar keine Gründe zur Widerlegung des Gegners vorhanden sind. Der Schluß der Debatte endete mit einem regelrechten Skandal. Der Exzeptionär Kespowski begann, statt eine Rede zu halten, die Sozialdemokraten unter persönlicher Apostrophierung so zu beschimpfen, daß die Opposition in einem höllischen Lärm ausbrach. „Der Dumaabgeordnete Gegeßkorki ist ein Lügner!“ rief er aus, und der Vizepräsident Kapustin, hilflos wie immer, überhörte es und störte den Redner nicht. Roditschew rief Kapustin zwar zu: „Schänden Sie sich nicht durch Zulassung solcher Beschimpfungen!“, aber seine Mahnung verhallte ungehört. Kapustin griff schließlich zu jenem Mittel, das er immer in seiner Verlegenheit anwendet, er schloß einfach die Dumasitzung. Die dritte Duma hat zum Schluß ihres Daseins jede Selbstbeherrschung verloren. Sie stirbt eines schmachvollen, wenn auch natürlichen Todes. Gering waren die Hoffnungen, die die russische Gesellschaft in sie gesetzt hatte, aber unvergleichbar geringer sind ihre Taten. Am traurigsten ist es aber, daß ihren entscheidenden Vertretern die menschlichen Gefühle völlig abhanden gekommen sind. Wenn selbst eine solche Ungeheuerlichkeit wie die ungerechte Verurteilung von drei Duzend unschuldigen Abgeordneten zu den schrecklichsten Strafen zur Erörterung gelangt, dann bleiben die Vertreter der Majorität stumm und gehen mit würdelosen Redensarten darüber hinweg. Sollen die Unschuldigen, soweit sie nicht schon dahingerafft sind, als lebendig Begrabene ihrem Verhängnis zum Opfer fallen, wenn nun einmal die Parteitaktik gebietet, der Opposition nicht nachzugeben! Im gegebenen Falle handelt es sich zwar um einen der unerhörtesten Justizirrtümer, und lebende Menschen sind es, deren tragisches Schicksal so leichtfertig weiterbestimmt wird, aber kein Mitgefühl regt sich in den Abgeordneten, an die appelliert wird, und herzlos gehen sie aus dem Parlament heim, das Rußland nicht um ein Vota weitergebracht hat.

Finnland.

Die finnische Justiz gegen die russischen Gewalttätigkeiten. Unser finnländischer Mitarbeiter schreibt uns: Im verflohenen Sommer tauchte bekanntlich in den russischen Regierungskreisen das Projekt auf, zwei Bezirke des Gouvernements Wiborg Rußland einzuverleiben. Der Professor, der alle Schichten der finnischen Bevölkerung ergriff, wie die inneren russischen Komplikationen, verzögerten die Durchführung dieses edelrussischen Lieblingsprojekts. Die Gefahr ist indessen keineswegs abgewendet. Die „Einverleibungskommission“ bezieht ihre Arbeit neuerdings wieder mit größerem Eifer, und der Generalgouverneur von Senn macht die größten Anstrengungen, die Zerstückelung durchzuführen. Die allgemeine Aufmerksamkeit ist auf diese Frage infolge eines Beschlusses des Wiborger Hofgerichtes gelenkt. Angeklagt waren der Gouverneur von Wiborg, Herr von Pfaler, der Polizeimeister Pekonen und der Gouvernementsbeamte Wäntti. Als Klägerin figurirte die sozialdemokratische Organisation. Gegenstand der Verhandlung war das gesetzwidrige Verbot, das der Gouverneur auf Befehl des Generalgouverneurs gegen die sozialdemokratischen Versammlungen erlassen hatte. Einen ähnlichen Strafanzug hatte auch der Redakteur unseres Wiborger Parteiblattes „Työ“, Genosse Airola gestiftet, der von dem Polizeimeister Pekonen als „Aufrührer“ verhaftet, vom 1. bis zum 4. September ohne Verhör und Anklage im Gefängnis festgehalten und nach seiner Befreiung vom Gouverneur aus der Stadt ausgewiesen wurde. Bei der jetzt stattgefundenen Verhandlung vertrat der Anklagefiskal Neovius die Anklage im Sinne der Kläger, und das Gericht verurteilte den Gouverneur von Pfaler zu einer

Geldstrafe von 1300 Mark, Pekonen zu 1000 Mark und Wäntti (der den ungefählichen Befehl des Gouverneurs ausgeführt hatte) zu 500 Mk. In der Urteilsbegündung wird hervorgehoben, daß das Versammlungsverbot und seine Ausführung, wie die Verhaftung Airola und seine Ausweisung aus Wiborg ungesetzlich gewesen seien. Eine ähnliche Verurteilung der russischen Barbarei erfolgte diese Tage vor dem Hofgericht zu Waja, das den Gouverneur Langinkoski wegen ungezügelter Einforderung von Pflanzergemäßen von den Trakereibesitzern zu einer Geldstrafe von 50 Mk. resp. 10 Tagen Gefängnis verurteilte. Auch diese Verurteilung seitens des finnischen Gerichtes richtete sich gegen den Hauptträger der russischen Gewalttätigkeiten, den Generalgouverneur von Senn, der den Gouverneur vortrieb, durch Einforderung der Pflanzergemäße die Pressefreiheit zu unterbinden. So wohlthuend die erwähnten Gerichtsurteile auf jeden rechtlich denkenden Menschen wirken, so ist doch kaum anzunehmen, daß sie den Ansturm der edelrussischen Barbarei aufhalten werden. Schon hat der Prokurator des Senates, der russische Soldat Chosjainow, die Gerichtsakten eingefordert, und der Senat wird wohl nicht zögern, die Gerichtsurteile umzustößen, nach dem russischen Wahlspruch in Finnland: Recht darf nicht Recht bleiben!

England.

Das englische Budget bildete gestern den Gegenstand einer Beratung im Unterhause. Der Schatzkanzler Lloyd George kündigte an, daß er von dem Überschuß von 6½ Millionen eine Million dazu verwenden werde, um den Ergänzung-Flottenetat zu decken. Den Minister Churchill dem Hause demüthigt vorlegte. In der Diskussion über die Resolutionen zu dem Budget erinnerte Lloyd George das Haus daran, daß bei Aufstellung des Budgets zwei Möglichkeiten in Rechnung gezogen worden seien. Deshalb sei der Überschuß in Reserve gestellt worden. Die erste Möglichkeit sei die Wirkung des Kohlenstreiks auf die Einnahmen gewesen. Er freute sich, sagen zu können, daß es der Reglamkeit der Handels zu danken wäre, wenn er sicher sei, daß es nicht nötig sein würde, auch nur einen einzigen Pfennig der großen Reserven zu kürzen, um die durch den Streik entstandenen Schädigungen zu beseitigen. Die zweite Möglichkeit, die er bei der Aufstellung des Budgets erwähnt habe, sei das mögliche Anwachsen der Forderungen der Admiralität gewesen. Lloyd George fuhr fort: Bei der Einbringung der Flottenvorlage sagte Churchill ganz klar, daß die Vorlage sich gründe auf die Annahme, daß das deutsche Flottengesetz ungeändert bleibe. Damals war der Reichstage eine Vorlage zugegangen, die gegenüber dem alten deutschen Flottengesetz eine erhebliche Vermehrung enthielt. Seitdem dann die Vorlage Gesetz geworden ist, es sei nicht mehr eine Möglichkeit, sondern eine Tatsache, der man sich gegenüber befindet. Dies neue Gesetz sieht eine über sechs Jahre verteilte Vermehrung für das deutsche Flottenprogramm vor, die sich im ganzen auf zehn Millionen Pfund Sterling beziffert. Churchill wird demüthigt den Nachtragsflottenetat vorlegen. Ich will seiner Erklärung nicht vorgreifen und auf die Etat nicht nur soweit beziehen, als es zur Darlegung meines Finanzpostes notwendig ist. In diesem Jahr wird die Summe, die Churchill nachträglich fordern wird, eine Million nicht überschreiten. Aber in den folgenden Jahren werden hohe Summen erforderlich werden als Folge des Programms, dessen Ausarbeitung Churchill für notwendig halten wird. Lloyd George führte weiter aus, daß 500 000 Pfund Sterling des Abschusses dem Kolonialamt vorgestreckt würden zur wirtschaftlichen Entwicklung von Britisch-Ostafrika und Uganda. Die übrigen fünf Millionen würden für die Schuldentilgung verwendet. — Für Kulturzwecke hat man auch in England nichts übrig.

Amerika.

Allgemeiner Kundelwandel. Nach der Nominationsliste durch den Chicagoer republikanischen Nationalkonvent und der Gründung der neuen Fortschrittspartei in den Vereinigten Staaten die politische Lage in ein ungläubliches Zerfahrenheit. Nach einer New Yorker Meldung der Frankfurter Zeitung ist es ganz gut möglich, daß zum ersten Male seit 90 Jahren das Repräsentantenhaus die Wahl vornehmen muß, da vielleicht kein Kandidat bei der Volksabstimmung die absolute Mehrheit bekommt. Hier ergibt sich eine merkwürdige Situation, denn das Haus, das dann nach Staaten abstimmt, weil 23 demokratische und 22 republikanische Staaten auf, wie drei, nämlich Maine, Nebraska und Rhode Island, welche durch genau gleichviel Demokraten und Republikaner im Unterhause vertreten sind. Auf dem Konvent der Demokraten in Baltimore bekämpfte Bryan scharf die Kandidatur Parkers als Vorsitzenden des Konvents und schlug sich selbst als Kandidat vor. Er hat große Aussichten zu siegen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten

Dienstag, den 25. Juni.

Der bereits angekündigte konservative Verein ist nunmehr am Freitag in Lübeck gegründet worden. Sehr groß scheint ja die Begeisterung für die konservative Sache nicht zu sein, denn nach den Meldungen der bürgerlichen Presse, die bei solchen oder ähnlichen Anlässen immer mehr liegt als andere Leute, waren nur etwa 50 oder 60 Leute in der konstituierenden Versammlung erschienen, wohl nicht weniger als drei Redner angekündigt waren. Was die Herren da erzählten, war weder neu noch interessant, aber es erfreut bezeichnenderweise die national-liberalen Lübeckischen Anzeigen in hohem Maße. „Der bürgerliche Geist mit konservativen Anschauungen zu bereichern“ sei das Leitmotiv der Neugründung. So meint die Amtsblatt ganz verückt und stellt den Konservativen ein Unterhause unter gewissen Voraussetzungen in Aussicht, wahrscheinlich in der versteckten Absicht, sie dadurch von herein in Mißkredit zu bringen. So boshaft zu sein, wirklich nicht kameradschaftlich. In Verlegenheit dürfte nicht mehr der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie kommen, wenn er die Frage prüft, wer seiner Hilfe würdiger der konservative Verein oder die Liberalen.

Die Kino-Sünde. Man schreibt uns: Mehr als Vände spricht nachstehende beliebige aus einer Kinematographenzeitung entnommene Beschäftigungsanzeigen, die die maßlose Sensationsucht vor allem in sexueller Richtung grell beleuchtet:

Achtung! Wichtig! Achtung! Den hochgeehrten Herrn Theaterbesitzer die ganz ergebene Mitteilung, daß ich mit dem heutigen Tage eine Sensations-Schlagere-Abteilung eröffnet habe, und verleihe ich jeden Schlagere auf Tage und Wochen zu ganz konkurrenzlosen Preisen. Es soll mein eifrigstes Bestreben sein u. s. f. Folgende Schlagere verleihe ich zu billigen Preisen: Der Verräter 520 m. Die Liebe des gnädigen Fräuleins 895 m. Marianne, ein Weib aus dem Volke 900 m. Das Opfer der Mormonen 1235 m. Verirrte Seelen 940 m. Gift 470 m. Der Blöcker von Notre-Dame (Koloriert) 1110 m. Prinzessin Cartouche, 4 Serien, Detektivdramen 1185 m. Die Ballhaus-Anna, 2. Teil 900 m. Brennende Triebe (Usta Nielsen) 1000 m. Die 4 Teufel 1111 m. Rache 950 m. Liebesduft 680 m. Die Ehebrecherin 600 m. Die Belagerung von Calais 910 m. Ein Liebesleben 895 m. Die Asphaltpflanze 950 m. Ihr einziger Sohn 330 m. Liebe und Leidenschaft 775 m. Eine von vielen 1100 m. Die lustigen Schlächterfrauen 630 m. Finstere Gestalten 1100 m. Sklavinnen der Liebe (Monopolfilm) 1100 m. Die Todesflucht 625 m. Den Leoparden entronnen 373 m. Die Lüge des Lebens 1100 m. Im Glück vergessen 735 m. Enterbte des Glücks 795 m. Dr. Gar el Hama, der Orientale (Detektiv-Schlagere) 850 m. Rächer seiner Ehre 1000 m. Unter den Klauen des Löwen 336 m. Gespenster 714 m. Der dunkle Punkt 1050 m. Zelle Nr. 13 657 m. Leidenschaft einer Frau 1100 m. Das Recht der Jugend 850 m. Es gibt ein Glück 800 m. Ein Kind der Sünde 1000 m. Wenn die Liebe stirbt 950 m. Glück auf 791 m. Sklave der Liebe 890 m. Die Schlacht 400 m. Dämon Weib 700 m. sowie alle älteren und weiteren Schlagere.

Solch einen Schmutz und Schund magt man unserm Volke vorzuführen. Und das Bedürfnis darnach scheint auch leider in unserer Stadt groß zu sein. Werden doch in dieser Zeit zwei weitere Kinos ihre Pforten aufstun. Wärdten doch alle Väter und Mütter begreifen, wie vergiftend diese Kost auf junge Gemüter wirken muß, und ihren Kindern den Besuch derartiger Vorführungen aufs strengste untersagen. Vor allem aber sollten die Erwachsenen selbst sich für zu gut halten, um an solchen Dingen Geschmack zu finden und zu zeigen. Wenn die Arbeiterschaft keine Groschen mehr für die Kinos ausgäbe, dann würden sie in absehbarer Zeit sicherlich ihren Betrieb einstellen, der zurzeit ja ein sehr rentables Unternehmen zu sein scheint. Und kann man das sauerverdiente Geld nicht wahrhaftig besser verwenden?

Die Beitragsentrichtung für die neue Angestellten-Versicherung wird sich nach einer kürzlich erlassenen Bekanntmachung des Direktors der Reichsversicherungsanstalt wie folgt regeln: In allen Fällen, in welchen die Beschäftigung bei einem einzigen Arbeitgeber einen vollen Beitragmonat hindurch stattfindet, wird folgendes Zahlungsverfahren und folgende Quittungsleistung zugelassen: 1. Die Beiträge sind auf das Konto der Reichsversicherungsanstalt bei dem Postfachamt in Berlin einzuzahlen. 2. Für die Einzahlung haben sich die Arbeitgeber der für den Verkehr mit der Reichsversicherungsanstalt bestimmten Vordrucke zu bedienen, die nach den Bestimmungen über den Postfachverkehr zu beziehen sind. 3. Die überfälligen und Veränderungsanzeigen (§ 181 des Gesetzes) sind der Reichsversicherungsanstalt unmittelbar einzureichen. 4. Als Quittung über eingezahlte Beiträge dient dem Arbeitgeber an Stelle der Marken der ihm verbleibende Abschnitt der Zahlkarte oder die ihm erteilte Nachricht über die Belastung seines Kontos. 5. Dem Angestellten dient als Quittung über die Zahlung seines Beitrags an den Arbeitgeber an Stelle der Marken eine in die Versicherungskarte einzutragende Bescheinigung des Arbeitgebers. Diese hat handschriftlich oder durch Stempel den jeweiligen Beitragmonat, den fälligen Beitrag und bei jedem Beitrag den Namen des Arbeitgebers zu enthalten; sie ist vom Arbeitgeber sofort nach der Einzahlung des Beitrags auszustellen. In den Fällen, in welchen die Beschäftigung bei mehreren Arbeitgebern oder nicht einen vollen Beitragmonat hindurch stattfindet, gelten an Stelle der Vorschriften des § 187, Absatz 1, 2 des Gesetzes die vorbezeichneten Bestimmungen; die Einzahlung des Beitrags hat bei der Zahlung des Entgelts, spätestens am Schlusse des Beitragmonats zu erfolgen. Der Einbindung der Versicherungskarte bedarf es nicht. Auf Grund des § 186 des Versicherungsgesetzes für Angestellte hat die Reichsversicherungsanstalt folgendes bestimmt: 1. Beitragsstelle ist die Reichsversicherungsanstalt. 2. Soweit Arbeitgeber in den Fällen des § 176 des Gesetzes zur Quittungsleistung Marken verwenden wollen, werden sie ihnen auf Verlangen nach Eingang der Beiträge von der Reichsversicherungsanstalt überhandt.

Ein ernstes Wort an alle Mütter. Während der Sommer mit seiner Hitze Knospen, Blumen und Früchte zur Entwicklung und Reife bringt, wird er dem kleinsten unter den kleinen Menschenkindern nur zu oft verhängnisvoll. Ungezählte Säuglinge fallen ihm alljährlich zum Opfer. Darum ergeht aufs neue an alle Mütter der erste Mahnruf: Stillt eure Lieblinge, gebt ihnen die Mutterbrust! Damit erhaltet ihr am sichersten die am Leben, für die ihr euer Leben aufs Spiel gesetzt! Ein von seiner Mutter gestilltes Kind hat neunmal mehr Aussicht, das erste Lebensjahr zu vollenden, als ein künstlich genährtes. Können ihr wegen Arbeit oder wegen nicht genügender Milch euer Kind nicht ausschließlich an der Brust ernähren, so ist das noch kein Grund zum völligen Entwöhnen. Es ist immer noch besser, das Kind erhält nur zwei oder drei Mal die Brust im Tage, als überhaupt nicht.

Ist Frauennicht nicht oder nicht hinreichend vorhanden, so ist es Pflicht jeder guten Mutter, sich tadellose Kuhmilch zu verschaffen und diese richtig zu behandeln. Eine zur Säuglingsnahrung brauchbare Vollmilch muß frei von jeder fremden Beimischung sein. Um sie vor dem im Sommer schnell eintretenden Verderben zu schützen, muß eine Vermehrung der selbst in der Milch enthaltenen Keime verhindert werden. Dies geschieht durch Aufheben in täglich frisch ausgekochtem Topf und durch möglichst seltenes Herumgehen aus einem Topf in den andern. Zur Abtötung schon in der Milch vorhandener Krankheitskeime muß diese möglichst bald 2 Minuten lang aufgekocht und dann sofort zugedeckt in einem möglichst kalten Raum aufgehoben werden. Die beste Milch, aus schmutziger Flasche oder unge reinigtem Sauger genossen, ist gefährlich. Deshalb sind beide nach jedem Gebrauch in Sodawasser auszubürsten. Der ausgespülte Schnuller ist trocken, am besten in einem Glas mit Deckel, aufzubewahren. Die Mutter muß unbedingt jede Flasche, bevor sie dem Kinde gereicht wird, durch Eingießen einiger Tropfen in einen Löffel versuchen. Eine sauer oder bitter schmeckende Nahrung darf nicht gegeben werden.

Endlich, ihr Mütter, noch einen dringenden Rat! Stellen sich bei euren Lieblingen irgendwelche Störungen ein, vor allem Erbrechen, Durchfall oder Krämpfe, so können das die ersten Zeichen einer lebensgefährlichen Erkrankung sein. Dann geht sofort zum Arzt, ohne vorher die erste für die Wiederherstellung der Gesundheit kostbarste Zeit

mit Herumprobieren aller möglichen angeblich wirksamen Mittel zu verlieren. Die Verabreichung von Medikamenten, besonders von Abführungsmitteln, ohne ärztliche Verordnung, kann verhängnisvoll werden. Jeder Säugling ist ein so zartes und empfindliches Wesen, daß nur schnelle und sachverständige Hilfe bei Erkrankungen Erfolg verspricht. Handelt nach diesen Grundregeln, ihr Mütter, euren Kindern zum Heil, euch zur Freude.

Verein für Zeppeinfahrten. Man schreibt uns: Der Sonntagsgruß des Luftschiffes „Victoria Luise“ an Lübecks Bevölkerung hat ein überaus reges Interesse für die Fahrten dieses imposanten Luftkreuzers hervorgerufen und in vielen ist der Wunsch rege geworden, eine Fahrt in diesem Luftschiff machen zu dürfen. Aber da eine Fahrt sich vorläufig noch sehr unrentabel ist, wird nur wenigen der luftspornliche Genuss in absehbarer Zeit geboten werden können, denn man darf nicht vergessen, daß der Luftschiffbetrieb, wie es bei seiner Neuheit nur begreiflich ist, vorläufig noch sehr unrentabel ist. Um jedoch auch weniger Wohlhabenden die Möglichkeit zu bieten, eine Fahrt zu einem billigen Preise zu machen, hat sich ein Verein für Zeppeinfahrten gebildet, welcher seinen Mitgliedern, die einen Jahresbeitrag von Mk. 6.— zahlen, Gelegenheit gibt, sich an Ausflügen von Freifahrten zu beteiligen. In jedem Jahre finden die Ausflüge statt, an welchen alle Mitglieder des Vereins für Zeppeinfahrten teilnehmen. Die Mitglieder haben noch den weiteren Vorteil einer Preisermäßigung bis zu 25 Proz. für alle von der „Delag“ unternommenen Passagierfahrten im Werte von Mk. 200.—. In Lübeck sind bisher etwa 110 Mitglieder vorhanden.

ph. Siebzehn Damenuhren gestohlen. In der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag sind aus einem Gold- und Uhrwarengeschäft in der Holstenstraße durch Zertrümmerung des Schaufensters folgende Sachen gestohlen worden: 17 goldene Damenuhren mit den Nummern 242895, 110099, 125389, 358960, 3846154, 108453, 172814, 143847, 164842, 1515350, 170016, 368551, 100759, 107722, 156425, 356984 und 116209. 30 goldene Trauringe.

ph. Aufzug. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Ubran, Kreis Lucheln, der am Sonnabend abend aus Aufzug die Scheibe eines an der Untertrave angebrachten Feuermelders zertrümmert hat.

Entin. Achtung, Parteigenossen! Zu der am Mittwoch abend 8 Uhr bei Kniekehr stattfindenden Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins seien alle Mitglieder hiermit eingeladen. Die Tagesordnung ist wichtig.

Odesoc. Ein Großfeuer hat am Sonntag das Dorf Groß-Barnitz heimgesucht. Das Gewese des Hufners Löbding und das Haus des Baumeisters Hoffmann sind niedergebrannt. Im ganzen sind fünf Gebäude vom Feuer zerstört worden.

Hamburg. Mord und Selbstmord. Gestern Abend gegen 8 Uhr entstand zwischen dem Gothenstraße 40 wohnenden Arbeiter Nickel und seiner Logiswirtin Begel ein Wortwechsel, in dessen Verlauf N. einen Revolver nahm, erst die Frau und dann sich selbst erschoss. Beide wurden tot mit Kopfwunden gefunden.

Hamburg. Duell-Wahnsinn. Der Hamburger Major E. G. G. überbrachte im Auftrage des Grafen Königsmark eine Herausforderung zum Duell an sämtliche Vorstände mitgliedern des Hamburger Rennklubs. Der duellwütige Graf ist ein ehemaliger „Herrenreiter“, Mitglied des Union-Klubs in Hamburg und außerdem Rittmeister in der Armee. Bei dem letzten Rennen in Hamburg geriet er in seiner Loge mit dem Vorstandsmitglied des Rennklubs, Dr. Kämmerer, deswegen in Streit, weil er verbotenerweise auf einem Stuhl stand. Dr. Kämmerer verwies ihm diese Ungebührlichkeit und als der Herr Graf gar keine Notiz von dem Einspruch des Beauftragten des Rennklubs nahm, ließ man ihn von Polizeibeamten von der Rennbahn bringen. Durch diese bei gewöhnlichen Sterblichen selbstverständliche Folge einer Ordnungswidrigkeit fühlte sich nun der Herr Graf so verletzt, daß er den Gesamtvorstand des Rennklubs über den Haufen schmeißte. Da die Geschichte mittlerweile bekannt geworden ist, wird er wohl nicht Gelegenheit finden, seinen Blutdurst zu stillen.

Hamburg. Wohnungs- und Wahlkreispolitik in Hamburg. In Hamburg hat die Sanierung der inneren Stadt (Alt- und Neustadt) in den letzten Jahren eine große Umwälzung der Hamburger Wohnungsverhältnisse bewirkt. Die früher für Hamburg typischen Gängeviertel verschwinden und machen modernen Geschäftsstraßen Platz. Infolgedessen verlieren Tausende von Bewohnern der inneren Stadt ihre Wohngelegenheit und sind genötigt, sich in entfernteren Stadtteilen, zu denen sich die ehemaligen Vororte entwickelt haben, anzufiedeln. Diese Umwälzung, die im allgemeinen ein Merkmal aller modernen Großstadtentwicklung ist, bringt aber für die Hamburger Arbeiterbevölkerung insofern schwere Nachteile mit sich, als die im Hafen beschäftigten Leute nicht in weiter Entfernung von ihrer Arbeitsstätte wohnen können. Im Hafen und auf den Werften sind jetzt rund 35000 Arbeiter beschäftigt. Ein großer Teil davon sind sogenannte Gelegenheitsarbeiter, die sich ständig in der Nähe des Hafens aufhalten müssen, um bei der Ankunft von Schiffen sogleich bei der Hand zu sein. Verlieren diese nun durch die „Sanierung“ ihre Wohnstätten in der Nähe des Hafens, und müssen sie in die Außenbezirke übersiedeln, so bedeutet das den Verlust eines geordneten Familienlebens und verhältnismäßig hohen Aufwand an Fahrgeld. Um diese Nachteile des an sich notwendigen Sanierungswerkes abzumenden, haben die sozialdemokratischen Mitglieder der Bürgerchaft beantragt, mindestens ein Drittel des jetzt zum Abbruch bestimmten Sanierungsgebietes mit Kleinwohnungen zu bebauen oder im Erbbaurecht zu vergeben. In der allgemeinen Beratung, die in der Bürgerchaft am 19. Juni stattfand und über die wir bereits berichtet haben, wurde dieser sozialdemokratische Antrag von bürgerlicher Seite heftig bekämpft. Auch der Senat hat sich dagegen ausgesprochen. Man will die Altstadt „großzügiger“ bebauen vorbehalten. Die Arbeiter vertritt man auf erst noch zu schaffende billige Fahrgelegenheiten und auf die gesündere Luft der Außenbezirke. Daß aber nebenbei noch andre Gründe für die Verdrängung der Arbeiter aus der inneren Stadt maßgebend sind, vertrat die allzeit offenerzig-reaktionären Hamburger Nachrichten, indem sie schreiben: „In den innerstädtischen Arbeitervierteln züchtet man geradezu organisierte Arbeiterschichten.“ Das hamburgisch-konservative Organ empfiehlt die Anstellung der Arbeiterbevölkerung auf einer Ebene bei Finkenwärder; ähnliche Pläne verfolgt auch der Senat und ein Teil der bürgerlichen Parteien. Dabei leitet sie der parteipolitische Nebengedanke, in den Wahlkreisen der inneren Stadt allmählich wieder der bürgerlichen Bevölkerung das Übergewicht über die proletarische zu schaffen. Schon bei der vorigen Reichstagswahl legten die Gegner der Sozialdemokratie große Hoffnungen auf diese Bevölkerungsveränderung. Daß man eine soziale Maßregel, wie die Sanierung der Wohnungsverhältnisse,

mit solchen politischen Absichten verqu coast, ist jedenfalls recht charakteristisch.

Reumünster. Vier junge Männer im Einfeld der See ertrunken. Sonntag morgen gegen 8 Uhr mieteten drei junge Leute in Einfeld ein Boot, womit sie über den See ruderten. Auf der anderen Seite des Sees saßen zwei junge Leute, die angelten. Da sich die fünf jungen Leute kannten, stiegen die Angler mit in das Boot. Sie ruderten dann wieder auf den See hinaus, wo sie im Boot Unfug getrieben haben sollen, so daß das Boot kenterte und alle fünf Insassen ins Wasser fielen. Gerettet hat sich nur der Weber Pitschke, während die Weber Gehrke, Schnoor, Schröder und Kauftrup ertranken. Letzterer ist verheiratet und hinterläßt Frau und ein Kind. Die übrigen so jäh ums Leben gekommenen sind ledig. Sonntag mittag konnte die Leiche des ertrunkenen Schnoor, der mit dem Kopf unter dem Boot lag, geborgen werden.

Grevesmühlen. Die sozialdemokratische Stichwahlparole. Die Landes- und Kreisparteileitung erklärt folgenden Aufruf: „Nachdem der sozialdemokratische Kandidat in der Hauptwahl ausgefallen, hat nunmehr Stichwahl zwischen den bürgerlichen Kandidaten stattzufinden. Wir fordern unsere Wähler auf, ihre Stimme dem liberalen Oberlehrer Sivkovich zu geben. Herr Sivkovich hat unsere Januar-Stichwahlbedingungen unterschrieben anerkannt. — Damit ist der Durchfall Paulis endgültig besiegelt. Selbstverständlich wird es unsern Genossen nicht leicht, für einen Liberalen zu stimmen; doch ist er in diesem Falle als das kleinere Uebel zu betrachten.“

Mehna. Ein Wandlungsfähiger. Im Wahlkampf in Hagenom-Grevesmühlen hat neben anderen Kandidaten des Reichsverbandes auch Herr Otto Burge-meister hier eine Gastrolle als Sendapostel der Reaktion gegeben. Genannter Herr dürfte unseren Parteigenossen nicht ganz unbekannt sein. Bis Ende 1907 betätigte er sich als liberaler Zeitungsredakteur, entdeckte dann sein marmes Herz für die Sozialdemokratie und machte vergebliche Anstrengungen, eine Redakteurstellung an der „Mecklenburgischen Volkszeitung“ zu ergattern. Das nutzlose Mühen schreckte den „Genossen“ Burgemeister aber nicht ab, seine „sozialdemokratische Überzeugungstreue“ beizubehalten und so gelang es ihm, an unserem Hofer Parteiblatt als Redakteur unterzukommen. Aber schon nach dreiviertel Jahren war die Herrlichkeit in Hof zu Ende und Burgemeister kehrte infolgedessen der Partei den Rücken. Bald hatte er seine seelische Verwandtschaft mit dem Reichsverband begriffen, dem Reichsverbande, über den er in seiner Säulen-Maienblüte schrieb: „Es ist der bürgerliche Wischmahl, der in diesem Verbande („Reichsverband“) den allen gemeinsamen reaktionären Grundton zum Symbol der Einigung gemacht und die politische Verleumdung zu einer Kunst erhoben hat. Das Verfahren ist in der Tat einfach genug, man nimmt Reden der sozialdemokratischen Abgeordneten vor, reißt einige Stücke aus dem Zusammenhang heraus, gibt ihnen eine möglichst sinnentstellende Deutung, mit der man eine Verneinung absichtlich durch die gesamte Sanktionierung verbindet, daß sie nachher mit Leichtigkeit herausgeholt werden kann, um den sozialdemokratischen Redner der vom Reichsverband selbst hineingelassenen Lüge zu bezichtigen. . . . Sein ganzes System ist schließlich weiter nichts als die organisierte Verlogenheit.“ — Geführt und gefunden!

Odenburg. Der Wahlkampf in Odenburg I vor dem Landgericht. Am Sonnabend wurde in der Berufungsinstanz vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts die aus dem letzten Reichstagswahlkampf herrührenden Beleidigungsklagen des nationalliberalen Amtrichters Stöver gegen den volksparteilichen Kaufmann Hermann Wallheimer und des erleren gegen den Reichstagsabgeordneten Althorn verhandelt. Im ersteren Fall hatte das Schöffengericht die Liebeshwürdigkeiten, mit denen die beiden liberalen Gegner in einer Wählerversammlung in Frohns Gaitshof zu Odenburg sich regalierten, kompensiert und beide freigesprochen. Im Prozeß Stöver-Althorn wurde Althorn zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt. Die fünf gelehrten Richter der Strafkammer sahen die Dinge, die den Prozeß zugrunde lagen, anders an als die Schöffen vom Amtrichter. Im Prozeß Stöver-Wallheimer hielten sie den Vorwurf der Ehrabschneiderei und der Feigheit, den Wallheimer seinem Gegner Stöver gemacht hatte, für so schwer, daß sie, wie der Vorsitzende verkündete, in der Beratung er-mogen haben, ob Wallheimer nicht gerechterweise besser ins Gefängnis spazieren müsse. Die Abwehrmorte Stövers in jener Versammlung: „Herr Wallheimer, Sie können mich garnicht beleidigen!“ konnten die Richter nicht als Beleidigung ansehen. Beleidigt fühlen konnte sich Wallheimer aber durch andere Auslassungen Stövers, darum sei ihm der Schuß des § 193 zuzubilligen. Dadurch werde das Vergehen Wallheimers gemildert und sei zur Sühne der dem Dr. Stöver angetanen Beleidigung eine Geldstrafe von 100 Mark angemessen. Im Prozeß Stöver-Althorn wurde der in erster Instanz verurteilte Althorn freigesprochen. Es wurde vom Gericht als nicht festgestellt angenommen, daß Althorn in einer Versammlung gesagt hat, daß Stöver seit fünf Jahren ein Gewerbe daraus mache, ihn öffentlich zu verunglimpfen und herabzusetzen. Aber wenn Althorn auch diese Worte gebraucht haben würde, so seien sie nach Ansicht der 5 Richter auch keine formale Beleidigung und auch nicht die Absicht der Beleidigung daraus zu erkennen. Interessant bei diesem Prozeß war, daß das Gericht beschloß, in eine Beweisaufnahme nicht einzutreten. Dieser Prozeß ist ein Schulbeispiel dafür, daß Juristen, von solch feinerem Empfinden wie Dr. Stöver es zu haben scheint, aus dem Wahlkampf besser wegblicken. Wer mit Wollust seine Gegner an deren Blößen figelt, muß erwarten, es schlimmer wieder heimgezahlt zu erhalten. Mit einem lachenden und einem nassen Auge wird er den Ausgang der beiden Prozesse betrachten. Gegen seinen Gegenkandidaten Althorn ist er nun auch vor dem Fünfmännergericht unterlegen und Wallheimer hat er zum Märtyrer der freisinnigen Sache gemacht.

Bremerhaven. Schwere Bootsunfälle. Auf der hiesigen Reede kenterte Sonntag nachmittag ein mit sieben jungen Leuten, größtenteils Handwerkern und Arbeitern hiesiger Werften, besetztes Boot. Von den Insassen sind vier ertrunken, während zwei von dem passierenden Fährdampfer „Odenburg“ und einer von dem Lotsenschoner „Prinzeß Irene“ aufgenommen wurde.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: J. H. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer u. S. Sämtlich in Lübeck.

Komitee und
Kommissionssitzungen

V. u. A.

Sitzung

am Donnerstag, den 27. Juni,
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

2. Distrikt.

Versammlung am Mittwoch, den
26. Juni, abends 8 Uhr,
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

Der Distriktsführer.

12. Distrikt.

Donnerstag 8 1/2 Uhr bei Groth.

Partei-Kommission.

Sitzung.

Transportarbeiter.

Vorstandssitzung
Mittwoch 8 1/2 Uhr

Maria Metterhausen

Martin Schramm

Verlobte.

Lübeck, 25. Juni 1912.

Allen, die meinem lieben Mann
das letzte Geleit gegeben haben und
seinen Sarg mit Kränzen schmückten,
auch Herrn Pastor Linde für seine
tröstlichen Worte, sowie dem Ver-
band der Fabrikarbeiter sage meinen
tiefgefühlten Dank.

Marie Clasen

geb. Vogels.

Zu vermieten ein Logis mit
Morgentafel

Verendstraße 7, II.

Fremdlich möbliertes Zimmer
zu vermieten

Grabenstraße 37-39.

Ein fremdliches Logis zu ver-
mieten

Wohlfahrtsstraße 6, II.

Ein Logis zu verm.

Stebente Querstraße 12.

Zu vermieten sofort oder später
eine abgeschlossene Zwei-Stuben-
Wohnung und ein Laden mit Woh-
nung in der Hartengrube.

Näheres Nachmehrl-Allee 1a.

Zu vermieten zu sofort oder zum
1. Oktober Zwei-Stuben-Wohnung
in Bornum.

Carl Beier, Bogenstraße 12.

Geht eine Wohnung zum
1. Oktober in Hoffentor-Süd, Preis
bis 240 Mk.

Tag. u. A. W. an die Exp. d. Bl.

Erbsenbush sucht zu kaufen.

Wassinger Allee 156.

Eine gutgehende Krämerwagen
zu kaufen gesucht.

Dän. u. E. 22 an die Exp. d. Bl.

Elegante gestickte Salongarnitur
mit Polsterstuhl und Tisch für
250 Mk. zu verk. Dasselbe auch
eine sehr hübsche Schlafzimmere-
richtung.

Willa Kadenburger Allee 2a, II.

1 Handeltwagen u. 2 Rad. Karren,
u. ein Wagen Waschblech-Pompe für
Gärtler soll billig verkauft werden.

Waltenhofstraße 25.

Ein Kinder-Sitz- u. Siegwagen
auf Gummi zu verkaufen.

Waltenhofstraße 25, I. St.

1 H. Sparherdbecken, 45x70, mit
Heizungsgarnitur billig.

J. Hoffmann, Strodelstraße 55.

Eine Sportkarre

für 2 Mann zu verkaufen

Waltenhofstraße 17, 4. G.

Allen, die meinem lieben Mann
das letzte Geleit gegeben haben und
seinen Sarg mit Kränzen schmückten,
auch Herrn Pastor Linde für seine
tröstlichen Worte, sowie dem Ver-
band der Fabrikarbeiter sage meinen
tiefgefühlten Dank.

Allen, die meinem lieben Mann
das letzte Geleit gegeben haben und
seinen Sarg mit Kränzen schmückten,
auch Herrn Pastor Linde für seine
tröstlichen Worte, sowie dem Ver-
band der Fabrikarbeiter sage meinen
tiefgefühlten Dank.

Weltall und Menschheit.

Naturwunder und Menschenwerke.

Geschichte der Erforschung der Natur und Verwertung der Naturkräfte
im Dienste der Völker.

Herausgegeben von Hans Kraemer in Verbindung mit mehreren hervorragenden Professoren.

Reich illustriertes Prachtwerk mit ca. 2000 Illustrationen,
zahlreichen schwarzen und bunten Kunstblättern, Faksimile-Beilagen etc.

Extrabeigaben in neuem System der Darstellung. — 100 Lieferungen à 60 Pfg.

Alle 14 Tage erscheint eine Lieferung.

Das Werk wird zum ersten mal im Zusammenhang die Beziehungen des Menschengeschlechtes zum Weltall und seinen
Kräften schildern und von der Vorzeit an die Spuren des Kampfes des Menschen mit den Naturgewalten verfolgen, um
die Bedeutung der Verwertung der Naturkräfte für die Kulturentwicklung ins rechte Licht zu setzen.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Johannisstrass 46.

Weine u. Spirituosen

in jeder Preislage und in nur
918) besten Qualitäten.

Wilhelm Rabfoth

Untertrave 113. Fernsprecher 637.

Hausfrauen

1933 fordert überall nur

Christian Gädes

allerfeinste, dunstfreie

Buchen-Holz Kohlen

in Original-Packungen.

Reelle, grasfreie Verpackung.

— Netto Gewicht. —

Anerkannt beste Qualität.

Uhren

Gelbes Trauringe, Myrtlenkränze.

H. Schultz, Uhrm. u. Goldsch.,

ob. Johannisstr. 20

Weine, Spirituosen u. Liköre

in jeder Preislage

empfehlen

J.H. Stooß, Engelsgrube.

179) Johannisstraße 21, pt.

Frauenhaar kauft

1455) Johannisstraße 21, pt.

Kaufe ausgekämmtes Haar

zu hohen Preisen. (1459)

Dän., Denkmalsstraße 62.

Ein Zugänger

zu verkaufen (1427)

Denkmalskamp 37.

Jedes Heft enthält 10-20 Artikel,
von denen wir als Beispiel einige
anzählen:
— Der Mensch in der Pfahlbauzeit.
— Wenn die Erde erzieht.
— Gesundheit und Schönheit. — Der
Wille und dessen Gennacht.
— Das Leben unter Wasser. — Fern-
schotterfahrt. — Liebe und Ehe
bei den Naturvölkern. — Der
Mensch und die Geisteswelt.
— Physische Luft. — Einfluß der Lebens-
weise auf das Menschenalter.
— Verschwindende Städte in der Sa-
hara. — Die Zukunft der Elektrizität
im Haushalt. — Wein-Aquarium.
— Unser Sonnensystem. — Das
heutige Erdbrecht usw. usw.
Um unser Ziel zu erreichen, das
„Welt und Wissen“ von jedem Ge-
lehrten abonniert wird, bitten wir
unsern Abonnenten von „Welt und
Wissen“ eine große illustrierte

Achtung! Radfahrer!

Neue Räder, 1a. Fabrikmarken, Meteor, Hera und Fortuna, volle Garantie,
von 65 Mk. an, Mantel, ein Jahr Garantie, Felda, prima 5.50 Mk.,
Stern 6.75 Mk., Gebirge 7.50 Mk., O. G. 2.25 Mk. an.

Sämtliche Reparaturen billig.

Fr. Kempke, Aegidienstraße, Königstraße.

Achtung!

Deutscher Bauarbeiter-Verband

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, dem 26. Juni 1912

abends 8 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:
1. Erhebung eines Extra-Beitrages und Einführung von
Winter-Wochenbeiträgen für die Lokalkasse.

2. Verschiedenes.

Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist dringend notwendig.
NB. Zu dieser Versammlung sind die Kollegen, welche in anderen
Zweigvereinen organisiert und hier beizügelt sind, eingeladen.

Der Zweigvereinsvorstand.

Abreisenden aufbewahrt u. nach-
geschickt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien,
Koffer etc. im Lagerhaus u. Expedi-
tionsgeschäft Fischergr. 52. (139)

Schwartau-Rensefeld.

Frauen-Versammlung

am Mittwoch, den 26. Mai,
abends 8 1/2 Uhr
bei Pinkert (Gasthof Transvaal).

Um zahlreichen Erscheinen bittet
1444) Die Vertrauensperson.

Hand- und Hausbibliothek vollständig gratis,
und zwar sind folgende Werke in Aussicht genommen, von denen zu jedem
Jahrgang resp. 52 Heftlieferungen 3 kompl. Werke geliefert werden:

- Illustrierte Geschichte des Deutschen
Volkes.
- Illustrierte Weltgeschichte.
- Die Entstehung der Erde.
- Illustrierte Tierkunde.
- Illustrierte Pflanzenkunde.
- Illustriertes Buch der Technik.
- Entdeckungsgereisen nach dem Nord-
und Südpol.
- Entdeckungsgereisen im schwarzen
Gebiet.
- Illustriertes Buch der Chemie.
- Der Vulkanismus.
- Die Luftschiffahrt und der Aero-
plan.
- Der Bau des menschlichen Körpers.
- Die Völker Asiens.
- Die Völker Afrikas.
- Die Völker Amerikas.
- Illustrierte Geschichte des Alter-
tums.

Kohlenarbeiter!

Sektions - Versammlung

Mittwoch, 26. Juni

abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:
Innere Verbandsangelegenheiten.
Zahlreiches Erscheinen der Kollegen
erwartet

1449) Der Vorstand.

ZUR HANSA

Fischstr. Nr. 21

Täglich von 12-8 Uhr.

Großer bürgerlicher Mittagstisch
nach der Karte (1448)

à Person 70 Pf., Abonnem. 65 Pf.

Abendstisch von 6 Uhr an zu mäßigen
Preisen. Helles Bier Seidel 10 Pf.

Hansa-Theater.

Gastspiel
Hamburger

Intimes Theater.

Neue Schlager:
Pariser Stubenmädchen

Die konfiszierte Venus

Reznicek-Album

Drei Mädels aus Newyork

Anfang 8 1/2 Uhr. (1447)

Bestellungen für die Abonnenten
des „Lübecker Volks-
boten“.

Herrn
Fr. Meyer & Co.
Lübeck.

Unterzeichneter abonniert hier-
durch auf
„Welt und Wissen“.
52 Hefte à 15 Pfg.

Name: _____
Ort: _____
Straße: _____

Regierungsjorgen über den Geburtenrückgang.

Das preußische Ministerium des Innern hat auf Grund der jüngsten Ergebnisse der Bevölkerungsstatistik einen Erlaß an die Regierungspräsidenten gerichtet, worin sie zu Erhebungen über die Ursachen des Geburtenrückganges in Preußen aufgefordert werden. Nach Eingang der Berichte der Regierungspräsidenten wird das Ministerium über die einzuleitenden Maßnahmen zur Verhinderung eines weiteren Rückganges der Geburtenziffer beschließen.

Interessanten Aufschluß über die Bevölkerungsbewegung gibt der von der Medizinalabteilung des preußischen Ministeriums des Innern bearbeitete Bericht über das Gesundheitswesen des preußischen Staates. Nach diesem Bericht ist die Gesamtergebnisse in Preußen mit 16,3 Todesfällen auf 1000 Einwohner auf die bisher niedrigste Ziffer gesunken. Dagegen hat die Geburtenziffer mit nur 30,83 Lebendgeborenen auf 1000 Einwohner noch weiter als in früheren Jahren abgenommen. Die Volksvermehrung war jedoch mit 581 456 wiederum höher als in den Vorjahren. Trotzdem der Geburtenrückgang! Das Jahr 1910 zeigt gegen 1909 eine absolute Abnahme von 30 417 Geborenen. Im Jahre 1901 kamen noch 36,52 Lebendgeborene auf 1000 Einwohner, im Jahre 1910 nur noch 30,83. In dieser Reihe von Jahren ist es, abgesehen von einer Unterbrechung durch eine kräftige Aufwärtsbewegung 1904 und einem kleinen Anstieg 1906, mit dem Prozentfuß der Geburtenziffern stetig bergab gegangen. Auch für das Deutsche Reich ist ein allmählich zunehmender Geburtenausfall festgestellt worden. Auf 1000 Einwohner fielen hier 1876: 42,6, 1890: 38,3, 1907: 33,2, 1910: 30,7 Geburten. Im Jahre 1910 machte sich zudem nicht bloß ein prozentueller, sondern absoluter Rückgang der Geburten im Deutschen Reich bemerkbar, indem die Zahl der Geburten diesmal zum erstenmal seit 13 Jahren weniger als zwei Millionen betrug.

Die Sterblichkeitsziffer hat sich dagegen, wie schon gesagt, gebessert. 1875 ergab sich in Preußen noch eine Sterblichkeitsquote von 26,3 Personen auf 1000 Einwohner, für 1910 von nur noch 16,3. Entsprechende Zahlen für das Reich ergeben folgende absteigende Linie: 1876: 29,3, 1881: 26,9, 1891: 24,7, 1906: 21,8, 1908: 19,0, 1910: 17,1. Zwar macht sich auch in den anderen Kulturstaaten ein Rückgang der Sterblichkeit bemerklich, aber doch bei weitem nicht in so großem Maßstabe wie bei uns.

Zu dieser Statistik nimmt nun die offiziöse „Nordd. Allgem. Ztg.“ in ihrem Wochenrückblick Stellung. Sie bemerkt zunächst zu dem Geburtenrückgang, daß die preußische Regierung die eingangs angeordneten Erhebungen angeordnet hat, und sagt dann weiter:

„Ohne den Grund der Untersuchungen vorgreifen zu wollen, läßt sich über die allgemeinen Ursachen des Geburtenrückganges aus der Kenntnis des praktischen Lebens einige Maßnahmen hegen. In erster Linie dürfte das Problem sozialer, nicht physiologischer Natur sein. An eine einseitige Erschöpfung der Rasse zu denken, liegt keinerlei Anhaltspunkt vor. Man hat ein soziales Gesetz formuliert, wonach steigender Wohlstand von sinkenden Geburtenziffern begleitet ist. Ebenso lehrt die geschichtliche Erfahrung, daß die höhere Zivilisation und Kultur den Drang des Individuums zu selbständiger und möglichst unbeeinträchtigter Entfaltung, und zwar häufig auf

Kosten der Fortpflanzung steigert. Das Anwachsen der Ansprüche an das Leben in idealer Konkurrenz mit der zunehmenden Komplexität und Unsicherheit des Lebens mag dazu führen, den Zuwachs der Familie als Last zu empfinden. Wir brauchen bloß einen Blick auf die Wohnungsverhältnisse der Großstädte zu werfen, in denen viele Hausbesitzer aus Eigennutz und Bequemlichkeit Kinderlosigkeit oder geringe Kinderzahl oft genug zur Voraussetzung bei Abschluß des Mietkontraktes machen, um die Schwierigkeiten zu erkennen, die kinderreichen Familien bei dem engen Zusammenwohnen in den Städten auf Schritt und Tritt begegnen. So ist das Wohnungsproblem, dieses ebenso schwierige, wie wichtige soziale Problem, sicherlich in hervorragendem Maße auch an der Frage des Geburtenrückganges beteiligt. Allerdings beruht das sogenannte Zweikindersystem, wie es in Frankreich in so verhängnisvoller Weise um sich gegriffen hat, nicht bloß auf sozialen und ökonomischen, sondern auch auf ethischen und psychologischen Ursachen. Wer diese zu beseitigen oder einzuschränken wüßte, würde auch der Folgeerscheinung, der absichtlichen Kinderbeschränkung, erfolgreich zu Leibe gehen. Erfahrungsgemäß ist solchen allgemeinen Erscheinungen der Bevölkerungsbewegung mit den doch immerhin beschränkten staatlichen Mitteln nicht leicht beizukommen. Die Gefahr liegt nahe, daß nur auf Symptome kuriert, das Uebel aber nicht an der tieferliegenden Wurzel erfaßt wird. Sedenfalls aber dürften sich für den Fall der Not zwei Reihen von Abwehrmaßnahmen als notwendig erweisen, solche ökonomischer und sozialer Natur und solche der Belehrung und Volkserziehung, wozu u. a. auch eine schärfere Überwachung mancher Anpreisungen von Geheimmitteln und eine systematische Propaganda gegen malthusianische Tendenzen gehören dürfte. Die Statistik legt die Vermutung nahe, daß an dem Sinken der Geburtenziffern in erster Linie die städtische Bevölkerung die Schuld trägt. So tritt hier die Leutenot und die Abwanderung vom Lande in die Stadt in anderer Form als Bevölkerungsproblem wieder auf und die Zweckmäßigkeit, ja Notwendigkeit der inneren Kolonisation tritt auch hier in den Vordergrund. Für die Großstädte aber wäre in erster Linie durch Förderung der Gartenstadtbewegung, gemeinnütziges Bauen, Ausbildung der Verkehrsmittel Abhilfe anzustreben. Zur Vervollständigung ist noch darauf hinzuweisen, daß nicht bloß die Fruchtbarkeit der Ehen, sondern auch die Häufigkeit der Eheschließungen seit 1906 eine fortwährende Verminderung der Erfahrung hat.“

In der Verminderung der Sterblichkeitsziffer sieht das Regierungsorgan nur das Ergebnis der unausgesetzten Bemühungen der Mediziner, Hygieniker und praktischen Spezialisten. Es sagt: „Der Prophylaxe gegen Krankheiten, der hygienischen Verbesserung der Städte, der Versorgung der Bevölkerung mit Ärzten und Krankenhäusern, den Fortschritten der Wissenschaft selber und nicht zuletzt der staatlichen Arbeiterfürsorge, die sich mehr und mehr auf vorbeugende Maßnahmen gegen Krankheiten und Verletzungen der Arbeiter richtet, haben wir diese Wunder zu danken. Immerhin ist hier noch ein weites und reiches Arbeitsfeld gegeben. Die Säuglingssterblichkeit ist noch immer groß und bedarf noch weiterer umfassender und energischer Gegenmaßnahmen.“

Das Kanzlerblatt hebt also die staatliche Arbeiterfürsorge als günstig für die Bevölkerungsbewegung hervor. Die Arbeiterfürsorge erfolgt aber auf Grund der sozialen Gesetzgebung, für die die Sozialdemokratie die treibende

Kraft war und ist, während die Arbeiterfeinde mehr oder weniger heftige Gegner der staatlichen Arbeiterfürsorge sind. Die kulturfördernde Tätigkeit der Sozialdemokratie wird also hier einmal, wenn auch indirekt, offiziell anerkannt!

Das offiziöse Blatt hätte aber, wenn es offen und ehrlich hätte sein wollen, noch weiter gehen und in seiner Aufzählung vor allem die Wirksamkeit der Arbeiterorganisationen anführen müssen. Wird nicht durch die Verkürzung der Arbeitszeit, durch die Erhöhung der Löhne, durch die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, durch Unterstützungen bei Arbeitslosigkeit und Not, durch Aufklärung über die sozialen Schäden usw. der Sterblichkeit in früheren Lebensjahren entgegengetreten? Aber auch hier finden wir Regierung und Unternehmertum Arm in Arm gegen die Arbeiterschaft. Anstatt diese so immens kulturfördernde Arbeiterbewegung nach Kräften zu unterstützen und zu pflegen, werden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um sie lahmzulegen, ja um sie durch ein Zuchtengesetz zu knebeln. Und die preußisch-deutsche Regierung scheint so kurzfristig zu sein und nicht zu erkennen, daß dadurch der Staat geschädigt wird.

Die dänische Gewerkschaftsbewegung.

Am 10. und 11. Juni hielt der Gesamtverband der dänischen Gewerkschaften seine Repräsentantenschaftsammlung ab, die alljährlich stattfindet und sich aus Vertretern der angeschlossenen Gewerkschaften aus dem ganzen Lande zusammensetzt. Der Jahresbericht, den der Vorsitzende C. F. Maden vorlegte, ließ erkennen, daß die Organisation wiederum an Umfang zugenommen hat. Am Anfang des Jahres 1911 gehörten dem Gesamtverbande 54 Zentralverbände und 7 alleinstehende Fachvereine an, die zusammen 101 563 Mitglieder hatten; am Jahresabschluss waren es 55 Zentralverbände und 6 alleinstehende Vereine mit zusammen 105 269 Mitgliedern. Die Zahl der Ortsabteilungen der Zentralverbände war im selben Zeitraum von 1284 auf 1295 gestiegen. Für Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen in Dänemark selbst wurden 1 255 030 Kronen ausgegeben, für Unterstützung von Lohnkämpfen im Auslande 112 528 Kronen. 470 492 Kronen der Ausgaben für Streikunterstützung wurden vom Gesamtverband der Gewerkschaften durch die obligatorischen Extrabeiträge aufgebracht. Der Gewerkschaftskongress von 1911 hatte den geschäftsführenden Ausschuß des Gesamtverbandes ermächtigt, besondere Extrabeiträge auszusprechen, um den Vorstoßfonds für Streikunterstützung von den damals vorhandenen 11 000 Kronen auf 32 000 zu erhöhen. Das hat sich aber als unnützlich erwiesen, da von 475 345 Kronen, die als Extrabeiträge zur Unterstützung der ausgesperrten Tischler, Maurer, Elektriker und Holzindustriearbeiter eingingen, 39 000 Kronen übrig blieben und dem Vorstoßfonds überwiesen werden konnten. Die angeschlossenen Organisationen hatten am Jahresabschluss zusammen ein Vermögen von 4 353 100 Kronen, was gegenüber dem vorhergehenden Jahre einen Zuwachs von rund einer Viertelmillion bedeutet. Aber die Lohnbewegungen lagen dem Gesamtverbande Berichte von 46 Organisationen vor, die zusammen 99 902 Mitglieder zählten. Von diesen haben 58 033 Mitglieder Lohnbewegungen durchgemacht, die für 5196 zum

Der Volkspalast.

Sozialer Roman, frei nach dem Englischen des W. Besant, von G. Dewitt.

(3. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.) „Oh! Daniel,“ redete er den Australier an. „Wie steht es mit den primitiven Dreiecken? und wollen Sie sich wirklich in die Löwengrube zurückwagen?“

„Ja, Herr Goslett, ich gehe zurück zu ihnen und will den Vorsteher der ägyptischen Abteilung aufsuchen. An Mut fehlt es mir nicht. Er hat mir versprochen, mich anzuhören, aber das sagen sie alle, ohne ihr Wort zu halten. Ja, Herr Goslett, glauben Sie mir, der Dromed und die Eifersucht der Gelehrten sind entsetzlich.“

„Die Gelehrten sind in der Tat entsetzlich, mein Prophet,“ meinte Harry. „Haben Sie bereits das Buch bestellt?“

„O, nein,“ erwiderte Fagg, „ist es wahrscheinlich, daß sie die Hand zur Veröffentlichung eines Wertes bieten werden, das sie ausnahmslos als Dummköpfe entlarvt?“

„Daniel,“ der junge Mann legte dem Gelehrten die Hand auf die Schulter und schaute ihn durchdringend an. „Sie zeigen mir gestern eine Liste von Vorbestellungen; danach sind bereits fünfundvierzig Exemplare Ihres Wertes zu zwölf Schillingen und sechs Pence im voraus bezahlt worden. Was haben Sie, so frage ich, mit diesem Gelde angefangen?“

Der arme Mann errötete sehr und ließ den Kopf hängen.

„Der Mensch will doch leben,“ sagte er nach einer Pause und zog dabei seine Augenbrauen düster zusammen.

„Allerdings, Daniel, aber vergessen Sie nicht, daß andere Leute darüber anderer Ansicht sein können, und daß England kein freies Land ist. Wenn ich an Ihrer Stelle wäre, würde ich mit meinen Dreiecken nach Australien zurückkehren und das Buch dort unter meinen Freunden drucken lassen.“

„Wie! Wie!“ Der kleine Mann stampfte ganz energisch mit dem Fuße und drückte sich seinen Hut gleichzeitig tief ins Gesicht. „Nie, Herr Goslett, niemals! Ich werde es hier in London drucken lassen und es diesen dunkelhaften Professoren, insbesondere denen vom britischen Museum, an den Kopf werfen. Stellen Sie sich vor, Herr Goslett, daß der Direktor der griechischen Abteilung über meine Dreiecke läßt und mich einen Narren nennt. Mein Barbierstand in

meiner Tasche beträgt übrigens ganze acht Schillinge und sechs Pence, und damit könnte ich nicht nach Australien zurückkehren, selbst wenn ich wollte.“

Er lachte bitter auf und schritt hinaus, indem er die Tür trachtend hinter sich ins Schloß warf.

Dann trat Harry in das Frühstückszimmer, nickte den Anwesenden freundlich zu und setzte sich, ohne sich wegen seines späten Kommens zu entschuldigen, auf seinen Platz, um sich im nächsten Augenblicke angelockt mit seinem Frühstück zu beschäftigen. Josephus Coppin erhob sich, seufzte und machte sich auf den Weg zur Brauerei. Der Professor der Magie blühte den unpunktlichen Gast nachdenklich an, wie wenn er Lust habe, ihn zum Gegenstand eines gewagten Experiments zu machen, ging aber aus seinem Schweigen nicht heraus. Frau Vornalack stand auf und ging ihren häuslichen Verpflichtungen nach. Herr Maltphant lachte, rieb seine Hände und lachte von neuem, als wenn er etwas sehr Komisches dachte, und sprach dann laut: „Ja, ich habe den Sergeanten gut gekannt; es war ein häßlicher Soldat, und Caroline Coppin war ein häßliches Mädchen.“ An dieser Stelle verdunkelte sich sein Gesicht und seine Augen verrieten Zweifel: „Da war etwas, junger Mann,“ begann er wieder, worüber ich Sie befragen sollte, etwas über Ihren Vater, oder über Ihre Mutter, oder über beide Eltern, doch habe ich vergessen, was es war. Nun, vielleicht fällt es mir später einmal ein.“

Er lief mit der Sorglosigkeit eines Schulknaben davon, dem er auch insofern glich, als er längst jenes hohe Alter erreicht hatte, in dem man wieder zum Kinde wird. In dem Zimmer blieben nur noch Harry und das erlauchte Paar, das aus Amerika gekommen war, um den ihm gebührenden Platz am englischen Hofe und in der englischen Adelsgesellschaft einzunehmen.

Seine Lordschaft hatte es sich auf seinem Armstuhl bequem gemacht und schien angestrengt über ein großes Problem nachzudenken.

Mittlerweile beschäftigte sich seine Gattin mit dem Inhalt einer schabigen, alten Brieftasche und warf von Zeit zu Zeit einen ungeduldrigen Blick auf Harry Goslett, um zu sehen, ob dieser träge junge Mann noch immer nicht mit seinem Frühstück fertig sei. Ihre Ungebildetheit nahm immer mehr zu, und einem jeden unbetrefflichen Dritten wäre es klar gewesen, daß sie mit ihrem Gatten allein zu sein wünschte.

Endlich wurde Harry mit dem Frühstück fertig und begann, ohne die Alarmsignale der erregten kleinen Frau zu beachten, mit ihrem Gatten über allerhand gleichgültige Dinge zu sprechen.

Lady Davenant konnte ihre Gefühle nicht länger unterdrücken und sprang erregt von ihrem Sockel auf.

„Junger Mann,“ rief sie ihm zürnend zu, „es scheint, daß Sie nicht wissen, wie Sie unsern lieben Herrgott die Zeit totschlagen sollen. Aber während Sie mäßig herumlungern, haben wir etwas zu tun, und dies hier ist unser Arbeitszimmer.“

„Verzeihung, Lady Davenant —“

„Junger Mann, nun ist wirklich genug.“

Und sie deutete gebieterisch nach der Tür.

Als sich das edle Paar allein im Besitze des Zimmers fand, verriet seine Lordschaft gewisse Zeichen des Unbehagens. Er rückte nervös in seinem Stuhle hin und her, ohne den ängstlichen Blick von seiner Gattin zu wenden, die nun den Inhalt der Brieftasche auf dem Tisch ausbreitete, die darin enthaltenen Schriftstücke ordnete, ein Schreibzeug holte und ihrem Gatten den gefüllten Federhalter in die Hand gab.

„Jetzt aber,“ begann sie, „wollen wir nicht einen Augenblick mehr von unserer kostbaren Zeit verlieren und ohne Säumen mit der Arbeit anfangen.“

Der Lord seufzte. Er hatte die fetten Hände über die Brust gefaltet und empfand die Aufforderung seiner Gattin als eine Störung.

„Klara Martha,“ murkte er, „kann ich denn nicht eine Stunde Ruhe haben?“

„Nicht eine Stunde,“ gab sie zurück, „nicht eine Stunde, bis du zu deinem Recht gekommen bist. Was, ist es dir, einem britischen Peer, der mit der goldenen Krone auf dem Kopf unter seinen Standesgenossen im Oberhause sitzen sollte, zuviel, auch nur eine Stunde zur Darstellung deines Falles zu erübrigen — und eines solchen Falles?“

Seine Antwort bestand in einem lauten Stöhnen.

„Bergiß du ganz,“ fuhr sie zornig fort, „was wir mit Better Nathaniel vereinbart haben? Sechs Monate lang will er die Kosten unseres Aufenthalts in England tragen, um uns in den Stand zu setzen, unsere Ansprüche zu beweisen, und schon ist die Hälfte dieser kostbaren Zeit verstrichen, ohne daß wir auch nur einen Schritt vorwärts gekommen wären. Was würden unsere Freunde, was würde Aurelia Tucker sagen, wenn wir unverrichteter Sache wieder heimkehren?“

Es gelang ihren Vorwürfen, den schwerfälligen Mann zu rühren, so daß er sich endlich in Bewegung setzte und den Armstuhl an den Tisch heranzog.

Aus der Jugendbewegung.

Aus der Zeitschrift für „nationale Jugendbildung“. Im Regierungsbezirk Erfurt findet seit etwa einem Jahre eine Zeitschrift Verbreitung, die zur Aufgabe hat, in „nationaler“ Jugendpflege und -bildung zu machen. Sie nennt sich: „Wir sind Deutschlands Jugend“, wird von Ernst Heinrich Bethge, Friedrich Blüthgen und Karl Gemprich in Naumburg a. Saale herausgegeben und von Julius Veltj in Langensalza verlegt. Wenn jemals ein Brecherzeugnis in eckhafter, ruppiger und gemeiner Art seine Aufgaben zu lösen versucht, dann dieses sogenannte „Jugendbildungsorgan“. Unter der Rubrik: „Unsere Staatsbürger“ steht es den jugendlichen Lesern wichtige Vorgänge des politischen Lebens in Gesprächsform vor. Wie das geschieht, soll an einem Beispiele aus der neuesten Nummer, in der die skandalösen Vorgänge des preussischen Abgeordnetenhauses zur Besprechung kamen, dargestellt werden. Das Blättchen steht den Gewalttät der preussischen Reaktion seinen Lesern wie folgt vor:

(Wilder Gesang aus einem Nebenraum.)
Wir sind Sozialdemokraten,
wir sind Feinde des Lichts!
Ballera!
Wir essen gern Schinken und Braten,
und arbeiten tun wir nichts!
Ballera!
Wir treten zu Boden, wer was tut und was hat.
Unsere Hoffnung ist und bleibt auf dieser Welt
der Zukunftsstaat.

(Nach dem Gesang ertönt Radau, Brüllen und Pfeifen.)
Franz: Was gibts denn da? Das ist ja fürchterlich!

Friedrich: Sie spielen Landtag.
Franz: Ungarischen?
Friedrich: Nein, preussischen. Die wilden „Sechser“ rücken an, hör doch!

Franz: Das sollten die Kameraden doch nicht tun. So ein Gebaren! Das ist ja wie in einer Tiermenagerie.

Friedrich: So haben die es doch gemacht, Vordardt, Leinert und Genossen.
Franz: Wenn auch. Etwas Häßliches soll man nie nachmachen.

Friedrich: Es hat seinen Grund.
Franz: Welchen?

Friedrich: Espione sind wieder da. Jolinsky mit drei „Freunden“. Als Gäste. Denen wollen sie die Komödie vorführen. Hör doch, wie Müller Franz brüllt: Gewalt! Gewalt! — Jetzt ist jedenfalls der Schutzmann bei der Arbeit. Soffentlich verliert er den Reklametraktieren das Fell gehörig, damit Jolinsky gleich unsere Meinung über den Standal erfährt. Was sich die sechs Kerle einbilden, als ob sie die allein Verufenen wären, die Tätigkeit eines ganzen Landtages aufzuhalten. Staatsbürgerlicher Schwachsinn.

Franz: Und diese Leute beanspruchen im Staatsleben gleiches Recht für alle!

Friedrich: Ihrem Benehmen nach müßte für sie eine vierte oder gar fünfte Wählerklasse eingerichtet werden. (Sechs Kameraden, darunter Müller Franz, betreten den Raum.)

Franz: Nun, wollt ihr?
Müller Franz: Wir sind die rausgeschickten wilden Sechser. Wir hatten die Absicht, den Landtag zu vergewaltigen. Es ist uns aber nicht gelungen.

Friedrich: Seht ihr! Betragt euch wie anständige Staatsbürger, dann könnt ihr auch Anspruch machen auf Anerkennung eurer Forderungen. Mit Kuppelleien wird kein Landtag regiert, nicht mal in Ungarn.

Die proletarische Jugendbewegung wird bekanntlich deshalb bis aufs Blut verfolgt, weil sie politisch sein soll. Aber ist das etwa nicht Politik, niedrigste, blödeste Politik der Verhöhnung, die durch das obige Elaborat propagiert wird?

Kommunales.

Zum Kongress für Städtewesen, der vom 23. bis 28. September während der Städteausstellung in Düsseldorf stattfindet, hat der Reichskanzler das Wort genommen. In einem an den Oberbürgermeister Dr. Lehler in Düsseldorf gerichteten Schreiben hebt v. Bethmann-Hollweg hervor: Die kraftvolle Entwicklung des deutschen Kommunalwesens, wie sie ganz besonders auch im Westen des Reichs zu beobachten ist, ruft immer neue und schwierigere Auf-

gaben nach. Ich gebe dem Wunsch und der Hoffnung Ausdruck, daß dem Kongress ein greifbarer Erfolg beschieden sei und seine Arbeiten zu einer Lösung der wichtigen zur Beratung stehenden Fragen beitragen mögen.“ Den Worten sollte der preussische Ministerpräsident endlich auch Taten folgen lassen. Was nützen die Beschlüsse und Wünsche von kommunalen Kongressen, wenn allen fortschrittlichen und freiheitlichen Regungen auf kommunalem Gebiet sich ein reaktionärer Geist der Regierung und der Behörden entgegenstellt?

Gewerkschaftsbewegung.

Die Aussperrung der Metallarbeiter in Hannover. Auf Vorschlag des Deutschen Metallarbeiterverbandes, dem der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller zugestimmt hatte, bildeten beide Parteien eine allgemeine Verhandlungskommission, zu der je ein Vertreter des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller und des Deutschen Metallarbeiterverbandes als Berater hinzugezogen wurde. Die Arbeiter verständigten sich, daß die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften ein Mitglied zu der siebenköpfigen Arbeiterkommission stellen sollten, das auch die christlichen Gewerkschaften zu vertreten hat. Am Sonnabend, dem 22. ds. Mts., vor-mittags, begannen die Verhandlungen, und dehnten sich bis 3 1/2 Uhr nachmittags aus, ergaben aber keine Zugeständnisse der Unternehmer in der Frage der Arbeitszeit. Die Arbeitervertreter mußten deshalb erklären, daß die Unternehmerentschlüsse kaum von den Arbeitern angenommen werden würden. Sie machten Gegenanschläge, wonach die Arbeitszeit pro Woche noch eine halbe Stunde verkürzt wird. Die Unternehmer blieben auf 57 Stunden pro Woche bestehen. In der Lohnfrage scheint eine Verständigung möglich zu sein. Nach Beendigung der Verhandlung ordnete der Verband Deutscher Metallindustrieller am Sonnabend nachmittags 4 Uhr die Aussperrung in den Bezirksverbänden Magdeburg und Halle a. S. an, die in den meisten Betrieben erfolgte. Schätzungsweise sind in Magdeburg rund 7000 bis 8000 und in Halle a. S. rund 3000 bis 4000 Personen ausgesperrt. Dazu kommen in Hannover rund 7000 Personen. Es sind also rund 18 000 Personen auf das Straßenpflaster geworfen. Die streikenden und ausgesperrten Arbeiter in Hannover nehmen im Laufe der Woche zu dem Verhandlungsergebnis Stellung. Die gewaltsame Störung des Wirtschaftslebens in der Provinz Hannover und Sachsen durch Schuld der Metallindustriellen wird längere Zeit dauern. — Aus Eisen-werda wird gemeldet, daß dort die Aussperrung bisher nicht den vollen angeordneten Umfang angenommen hat. Eine Firma sperrte statt 50 Personen 28 aus, eine andere unterließ die Aussperrung ganz, wie sie angab, weil keine organisierten Arbeiter bei ihr beschäftigt seien. Man sieht aus diesem Vorgang, daß bei dem Unternehmertum eine große Sympathie für die Aussperrung nicht besteht.

Eine christliche Verleumdung aufgedeckt. Im bayerischen Wald, also einer völlig katholischen Gegend, hat der Zentralverband deutscher Steinarbeiter (Sich Leipzig) viele Anhänger. Der schwarze Keramarbeiterverband ist dort nur spärlich vertreten. Gegen den „roten“ Verband wird nun in der bekannten christlichen Weise gewütet. Am 29. April brachte ein Zentrumorgan, das „Chamer Tageblatt“ eine schauerliche Terrorismusgeschichte, die von einigen frei organisierten Steinarbeitern aus Blaubeurg gegenüber einem Unorganisierten verübt sein sollte. Das Blatt schrieb, der Unorganisierte sei nachts von drei Genossen überfallen und gehörig durchgeprügelt worden. Zum Schluß hätten ihn die Roten mit dem Messer bearbeiten wollen, aber der gute Christ konnte sich zum Glück noch in den Wald flüchten. Gegen drei unserer Genossen wurde Anklage erhoben. Das Amtsgericht Cham, vor dem die Sache dieser Tage verhandelt wurde, sprach sämtliche Angeklagte frei. Das „Chamer Tageblatt“, das jene Verleumdung in die Welt geschleudert hatte, muß nun Abbitte leisten. Es bringt eine Richtigstellung, in der es u. a. wörtlich heißt: „Weiter wurde (seinerzeit) berichtet, daß der betreffende Arbeiter an einem Sonnabend überfallen und wahrscheinlich auf Verabredung zu Boden geworfen wurde, und daß sich dabei zwei Vorstandsmitglieder der freien Gewerkschaft rühmlichst hervorgetan hätten usw. — Der Verlauf der heute im Kgl. Amtsgericht Cham stattgefundenen Verhandlung war aber dergestalt, daß unser Bericht über den Vorgang der Rauferei (vordem war es ein nächtlicher Überfall. D. B.) nicht aufrechterhalten werden kann. Im Gegenteil zeigte sich, daß eigentlich — der Kläger auf die Anklagebank gehört hätte; es wurden dann auch zwei Angeklagte freigesprochen, während der dritte, wohl schuldig eines Vergehens der

Streik, für 10 069 zur Aussperrung führten. Außerdem waren 18 901 Mitglieder ausgesperrt infolge von Konflikten in anderen Berufen. Das Ergebnis der Kämpfe ist in der Hauptsache Arbeitszeitverkürzung für 18 415 männliche und 1507 weibliche Arbeiter; Erhöhung der Akkordlöhne für 9059, des Minimallohnes für 31 724 Mitglieder, des Tageslohnes für 2698, des Monatslohnes für 2650 Mitglieder. Die Arbeitslosigkeit war im verflossenen Jahre noch so groß, daß von rund 110 000 Arbeitern das ganze Jahr über durchschnittlich 10 000 arbeitslos waren. Die Zahl der arbeitslosen Tage war 2 481 000. Der Prozentsatz der Arbeitslosigkeit war für das ganze Jahr 9,2 gegenüber 10,5 im Jahre 1910.

Das permanente Schiedsgericht hatte über 29 Klagen zu entscheiden. Von den Entscheidungen dieser mit Strafkompetenz ausgestatteten geschlichen Institution ist ganz besonders eine bemerkenswert, durch die der Ziegeleibesitzer Clausen zu 400 Kronen Geldstrafe verurteilt wurde, weil er Arbeiter entließ, als sie seinem Verlangen, aus ihrer Gewerkschaft auszutreten, nicht nachkommen wollten. In dem Urteil wird ausdrücklich hervorgehoben, daß dem Angeklagten mildernde Umstände zugestanden wurden; in anderen Fällen werden also Unternehmer, die auf Raub am Koalitionsrecht ihrer Arbeiter ausgehen, nicht so billig davonkommen.

Der Vorstand des Gesamtverbandes hat sich unter anderem mit dem Plan der Gründung einer Arbeiter-Feuerversicherung befaßt; diese Angelegenheit soll jedoch nun erst noch den nächsten sozialdemokratischen Parteitag beschließen. Vertreten war der Gesamtverband auch auf der 7. Internationalen Gewerkschaftskonferenz in Budapest im August vorigen Jahres, sowie auf der skandinavischen Arbeiterkonferenz zu Göttingen in diesem Frühjahr, die die Vorbereitungen zu dem vom 2. bis 4. September in Stockholm stattfindenden skandinavischen Arbeiterkongress traf und Vorschläge zu einem Gegenseitigkeitsabkommen der nordischen Länder zwecks Unterstützung bei großen Lohnkämpfen gut hieß.

Nach Erledigung des Jahresberichts befaßte die Repräsentantenschaftsversammlung sich unter anderem mit einem Vorschlag auf Errichtung eines Gewerkschaftshauses in Kopenhagen, zu welchem Zweck ein Extrabeitrag von 1 Krone und von 50 Öre erhoben werden sollte. Es wurde jedoch beschlossen, die Sache bis zur nächsten Generalversammlung zu vertagen. Außerdem stand die Reorganisation des Gesamtverbandes auf der Tagesordnung; diese Frage konnte aber nicht erledigt werden, da der feinergeit zur Vorbereitung eingesezte Ausschuß seine Arbeiten noch nicht beendet hatte.

Aus der Partei.

Landesparteitag für Sachsen-Altenburg. Am 22. und 23. Juni wurde in Schmalken der Landesparteitag der Sozialdem. Partei Sachsen-Altenburgs abgehalten. Beschlössen wurde die Errichtung eines Parteisekretariats für Sachsen-Altenburg. Zur Aufbringung der Mittel für das Sekretariat soll der Monatsbeitrag für männliche Mitglieder von 30 auf 40 und für weibliche Mitglieder von 15 auf 20 Pf. erhöht werden. Eine längere Aussprache rief der unbefriedigende Verlauf der diesjährigen Maifeier hervor. Folgende Resolution wurde angenommen: „Der Landesparteitag ist der Ansicht, daß die Maifeier als eine demonstrative Massenaktion des Proletariats zu betrachten und aufrecht zu erhalten ist. Bei Veranstaltung der Maifeier haben sich die Parteimitglieder mit den Gewerkschaftsinstanzen alljährlich in Verbindung zu setzen und dahin zu wirken, daß in Zukunft der Charakter der Maifeier nach jeder Richtung hin in würdiger Form gewahrt wird.“ So unbefriedigend wie der Verlauf der Maifeier wurde auch der Verlauf des Frauentages dargestellt. Eine Resolution erklärt es als Pflicht aller Parteivereine, unter den Frauen mehr als bisher gesehen zu agitatorisch zu wirken und dafür Sorge zu tragen, daß die alljährlich stattfindenden Frauentage zu wichtigen Demonstrationen gestaltet werden. Zum Vor-sitzenden der Landesorganisation wurde wiederum Genosse Schumacher-Altenburg gewählt. Als Delegierte zum Deutschen Parteitag wurden die Genossen Schumacher-Altenburg und Böhm-Eisenberg bestimmt.

„Wir sind hierhergekommen.“ sagt Lady Davenant fort, nicht um einen Rechtsstreit zu führen, sondern um unter rechtmäßiges Erbe und den damit verbundenen Titel anzutreten. Wir werden unseren Fall der Königin, oder dem Parlament, oder dem Oberhaus, oder dem Vordanzler, oder wer immer zuständig ist, vorlegen und wir werden sagen: „Ich bin Lord Davenant.“ Alles weitere ergibt sich aus diesen Schriftstücken.“

„Mara Martha“, empfiengere ihr Satz, ja, ich werde den Beweis führen, daß ich in der Tat der rechtmäßige Lord Davenant bin.“

Sie reichte ihm eine Anzahl Dokumente, in deren Studium er sich vertiefte, worauf sie hinauswinkte. Kaum fand sich jedoch der edle Lord in dem Zimmer allein, als er den Schein der Lampe wieder vom Tisch abdrückte, einen zweiten Stuhl heranzog, seine Beine auf diesen legte, ein rotweines Tafelglas über sein Gesicht breitete und die Hände auf der Brust faltete. Bald verfiel er in regelmäßige Atemzüge, daß er eingeschlafen war.

2. Kapitel.

Nur eine Schneiderin.

Harry Goslett kehrte am diesem Abend niedergefallen nach der Pension Bormalad zurück. Er hatte den Tag benutzt, um einige Bettern zu besuchen, deren Bekanntschaft er machen wollte, oder überall eine überaus frohliche Aufnahme gefunden. Es fiel ihnen schwer, sich mit dem so plötzlich aufgelauchten Verwandten zu befreunden, der so ganz anders sprach als sie und dessen Manieren ihnen noch unverständlich höher als selbst seine Worte erschienen. Sie fühlten sich als Arbeiter und sahen in ihm ein fremdes Wesen, dessen Auftreten ganz dem eines Angehörigen der Klasse der verhassten reichen Würstlingsgänger gleich. Um ihren Argwohn zu zerstreuen, hand er ihnen das Märchen auf, das sie ihm in ihrer Unwissenheit bereitwillig glaubten, daß er nämlich den größeren Teil seiner Jugend in den vereinigten Staaten verbracht habe und erst unlängst von dort zurückgekehrt sei.

Er wollte jetzt sein drei Wochen unter seinem Verwandten, denen er eine gute Portion Beugung, oder wenig Beugung entgegengebracht hatte. In Stelle des angeblichen Interesses begann er sich bald zu langweilen, obwohl mit Unrecht, da er weiter nichts als die Augenblicke des ihm so fremden Lebens sah. In seinen Besuchen gehörte ein Onkel, namens Benjamin Hunter, den zu haben ihm viel Vergnügen bereitet hätte, wenn er eines anderen Mannes Onkel gewesen wäre. Da jedoch Benjamin und der verhasste Sergeant Goslett Schwäger

geheiratet hatten, so ließ sich der Verwandtschaftsgrad nicht in Abrede stellen, so wenig stolz Harry auch auf den neuen Onkel war. Seine beiden Vettern, von denen er bisher so wenig wußte, machten auf ihn den Eindruck tölpelhafter, unwissender junger Männer, die sich zwei ganz entgegengesetzten Lebensanschauungen ergeben hatten, sich aber für einen freundschaftlichen Verkehr wenig eigneten. Die Gäste der Pension trugen sorgfältig zu seiner Erheiterung bei, wobei es ihm nicht entging, daß sie ihn insgeheim alle ein wenig fürchteten. Als er an jenem Abend bald nach 9 Uhr in das Haus zurückkehrte, fühlte er sich so elend und niedergedrückt, wie noch nie zuvor in seinem Leben. Die Trostlosigkeit des Zimmers mit seiner kläglichen Beleuchtung und seiner schabigen Ausstattung war wenig angeht, ihn weiter zu stimmen, doch fiel ihm gleich beim Eintritt eine gewisse Veränderung auf.

Die Pensionäre sahen zwar wie gewöhnlich an dem Tisch, von dem die Leinwand entfernt war. Herr Maliphant hatte seine Pfeife in eine Ecke seines Mundes geschoben, aber sie war ausgegangen und man sah seiner Haltung an, daß sie steif und gezwungen war. Herr Josephus Coppin nahm die Zimmerrede ein, in die er sich abends immer zurückzuziehen pflegte, um nur niemandem im Wege zu stehen, und hielt seine Pfeife in der Hand, die aber gleichfalls nicht angezündet war. Vor Daniel Fagg lag aufgeschlagen seine hebräische Bibel, daneben ein Wörterbuch und ein Exemplar der autorisierten Bibelübersetzung, die er nur benutzte, wie er erklärte, um Vergleiche mit den Ergebnissen seiner eigenen Forschungen anzustellen. In diesem Abend jedoch hatte er sich nicht über die Seiten der Bibel gebeugt, sondern sah, den Kopf auf die Hand gestützt, unbeweglich und harter vor sich hin. Die Dame des Hauses, Frau Bormalad, hatte ihr bestes schwarzes Seidenkleid angelegt und vor ihr auf dem Tische standen Likörflaschen, mit Rum, Genever und Cognac und daneben Krüge mit heißem und kaltem Wasser, Zeller mit Zitronenscheiben und Zerkel, wie es der gute Ton verlangt. Der Vertreter des Oberhauses, ein geschworener Feind aller Karten Gerichte, sah würdevoll in seinem Armstuhl neben dem Kamin, und ihm gegenüber, stolz und anrecht im Bewußtsein ihres Titels, seine Gattin, die baumwollene Halbhandschuhe über ihre kleinen Hände und mageren Arme gezogen hatte. Es konnte nicht weiter bestritten werden, daß sie alle schwiegen, denn Redseligkeit zählten nicht zu ihren Tugenden, aber es war zum mindesten auffällig, daß sie sich alle und jeder bemüht, sich nur von der besten Seite zu zeigen.

Aber all diese stillen Betrachtungen nicht wenig gespannt, blickte Harry sich um und entdeckte, daß alle An-

wesenden, mit alleiniger Ausnahme Daniel Faggs, nach derselben Richtung blickten und daß der Grund, weshalb so wohl Herr Maliphant wie sein Vetter Josephus kalt rauchten, und Daniel nicht las und seine Lordschaft noch würdevoller als sonst ausah und entgegen der bisherigen Gewohnheit Spirituosen auf dem Tische standen, nichts Geringeres als die Gegenwart eines jungen Mädchens war. Diese Tatsache erliefen ihm so erstaunlich, daß ihm der Atem ausging und er seinen Augen nicht trauen wollte. Dann erfolgte die Vorstellung durch Frau Bormalad, deren gesellschaftliche Gewandtheit sich dabei in ihrem besten Lichte zeigte. „Unser jüngstes“, sprach sie, wie wenn er ein Kind des Hauses gewesen wäre, „unser jüngstes und letztes Mitglied unserer Familie, der nette Herr Goslett. Dies ist Fräulein Kennedy, und ich hoffe, nein, ich bin überzeugt, daß Sie gute Freundschaft miteinander schließen werden; ich bin eine gute Prophetin, wie Sie ausfinden werden, und habe mich noch selten getäuscht.“

Harrys Verbeugung war tadellos. Was, um Himmels willen, so dachte er, hat dieses Wesen in Steprey Green bei Frau Bormalad zu suchen?

Ihre Haltung und ihr Benehmen überraschten ihn. Sie war in ein einfaches Kaschmirkleid gekleidet und trug weiße Manschetten, sowie um den Hals ein rotes Band. Das junge Mädchen hatte ein paar große braune Augen, die seinem Blick frei und offen begegneten, obgleich sie nicht von einem gewissen Staunen frei waren, wie es ähnlich in den feinen zum Ausdruck gelangte.

„Unser netter, spaßiger Tischler, Fräulein Kennedy“, fuhr Frau Bormalad mit der Vorstellung fort. — Harry fragte sich insgeheim, welche der beiden, in bezug auf ihn gebräuchlichen Eigenschaften den schlechteren Eindruck machte, — begt gleich Ihnen den Wunsch, ein eigenes, anständiges Geschäft zu gründen und sich selbstständig zu machen.“

„Als ich selbst noch schneiderte“, geruhte Lady Davenant zu bemerken, „ließ ich häufig zu Hause bei meiner Mutter und Tante Keziah. Die Gründung eigener Geschäfte durch junge Mädchen galt in unserer Stadt Ganaan City für ungeschicklich. Es soll keineswegs ein Vorwurf für Sie sein, Fräulein Kennedy, aber was sich für London schickt, schickt sich nicht für New Hampshire.“

Fräulein Kennedy murmelte einige höfliche Worte und blickte von neuem den netten, spaßigen Tischler an, aus dessen Gesicht die Rote über die Art und Weise seiner Vorstellung durch Frau Bormalad noch immer nicht verschwinden war und der bei dem Gedanken, daß er sich über eine solche Kleinigkeit aufregte, abermals zu erröten begann. (Fortsetzung folgt.)

Körperverletzung, aber auch strafrecht erklärt wurde. Von einer Ausübung eines Terrorismus war aus dem Verlauf der Verhandlung nichts zu entnehmen, was hiermit konstatiert sei. Es hat sich somit herausgestellt, daß das frumbe Zentrumsblatt die organisierten Steinarbeiter in gewisser Weise verleumdet hatte. Leicht wird es dem „Chamer Tageblatt“ nicht geworden sein, eine solche Nichtigstellung auf Grund der Amtsgerichtsverhandlung bringen zu müssen.

Die „unpolitischen“ Gelben. Auf dem Stummischen Hüttenwerk in Neunkirchen wurde ein „nationaler Hüttenverein“ gegründet. Von jedem sich anmeldenden Mitgliede wird die ehrenwörtliche Erklärung verlangt, daß es „nicht Mitglied irgend einer Gewerkschaft oder eines Vereins mit gewerkschaftlichen Tendenzen“ ist. Einzig in seiner Art aber sind die Satzungen dieses Vereins, die u. a. bestimmen: „Der Vorstand beschließt durch außerordentliche Mitglieder-versammlung, welcher Partei die Stimmen seiner Mitglieder bei politischen oder kommunalen Wahlen übertragen werden. Sämtliche Mitglieder haben sich dem in der Versammlung gefaßten Beschlüsse strikt zu unterwerfen. Bei Zuwiderhandlung tritt Artikel 4 § 9 der Statuten in Kraft.“ Die Strafbestimmung betrifft den Ausschluß aus dem Verein. — Der gelbe Wertverein konstituiert sich also einfach als Wahlverein und beschließt die politische Entrechtung der Arbeiter. Diese Gelben haben ihre Aufgabe richtig erkannt.

Die Bilanz des tschechischen Separatismus. Aus der Statistik des Jahresberichts der österreichischen Reichsgewerkschaftskommission ergeben sich interessante Zahlen über die Wirkung der Zersplitterungsaktion der tschechoslawischen Sozialdemokratie. Die Gesamtmitgliedzahl der Wiener Kommission angeschlossenen Gewerkschaften betrug 1907, wo sie den Höchststand erreichte, 501 095 und hat jetzt nach einem bis 1910 konstanten Rückgang wieder 421 905 erreicht. Wenn der Rückgang natürlich auch dem Konjunkturschwung mit zuzuschreiben ist, so beweist doch die Verteilung des Rückgangs auf die einzelnen Provinzen die besondere Schuld des Separatismus. Während nämlich 1908 und 1907 das Hauptindustrieland Böhmen noch die meisten Gewerkschaftsmitglieder hatte, ist es heute von Wien überholt. Wien hat 158 622 gegen 125 620 im Jahre 1907, Böhmen nur 93 358 Zentralorganisierte gegen 178 094 im Jahre 1907. Mähren hatte 1907: 49 527 und hat heute 30 138, Schlesien hatte 1907: 25 766 und hat heute 17 093. Also die drei Provinzen, in denen es tschechische Sprachgebiete größerer Ausdehnung gibt, haben den Stand der Zeit vor dem Separatismus noch lange nicht wieder erreichen können. Die tschechoslawischen Verbände konnten ihren Mitgliederstand seit 1907 von 37 423 auf rund 85 000 Mitglieder bringen, während den Zentralverbänden gegen 1907: 79 189 Mitglieder fehlen. Man könnte also immerhin wenigstens annehmen, daß die von den Zentralverbänden Abgesprengten den Separatistenverbänden beigetreten sind, doch ist die Sicherheit dafür natürlich nicht absolut und sie wäre auch nur ein magerer Trost, wenn man damit das bedeutende Wachstum der reichsdeutschen Gewerkschaften von Jahr zu Jahr vergleicht.

Soziales.

An die Vorstände der freien eingeschriebenen Hilfskassen! Die auf dem Kongreß der eingeschriebenen Hilfskassen gewählte Kommission zur Wahrung der Interessen der Kassen hat nunmehr den Auftrag erfüllt, einen Satzungsentwurf, dem neuen Recht entsprechend, sowohl für die zentralisierten wie für die lokalen Hilfskassen herauszugeben, und zwar soweit es sich um diejenigen Hilfskassen handelt, welche entweder Zuschußkassen werden müssen, weil sie am 1. April 1909 keine 1000 Mitglieder hatten oder welche ohnehin aus freier Entschließung sich in Zuschußkassen umwandeln. Es ist in dem Satzungsentwurf vorgesehen, daß diejenigen Kassen, welche ihren nichtversicherungspflichtigen Mitgliedern auch fernerhin ärztliche Hilfe und Arznei gewähren wollen, solches können, wenn sie es durch die Satzung beschließen. Für diejenigen Kassen, welche sich in Ersatzkassen umwandeln wollen, ist ein Entwurf noch nicht fertig gestellt, da diesbezüglich noch weitere Verhandlungen mit dem Aufsichtsamte für Privatversicherung notwendig sind bzw. auf eine Vorbescheidung über einen eingereichten Entwurf gewartet wird. Diese Kassen, welche Ersatzkassen werden wollen, haben noch Zeit mit der Umwandlung bis dahin, da durch Bundesratsverordnung der Tag bestimmt wird, an welchem die Bescheinigung nach § 75 des Hilfskassengesetzes ungültig wird. Sechs Monate vor Ablauf dieses Tages muß der Antrag auf Zulassung als Ersatzkasse bei der zuständigen Stelle gestellt sein. Die Satzungsentwürfe für Zuschußkassen sind gegen Einsendung von 1 Mk. pro Stück bei Herrn C. Weijinger, Hamburg 1, Wesenbinderhof 70, erhältlich. Die Kommission. J. A. G. Blume.

Unfallgefahren in der Holzindustrie. Der Deutsche Holzarbeiterverband hat in die Reihe seiner Agitationsmittel ein neues Glied eingefügt und unter der in der Stichmarke gegebenen Bezeichnung eine Wanderausstellung zur Propaganda größeren Unfallschutzes an Holzbearbeitungsmaschinen geschaffen. Die Unfallgefahr an den Holzbearbeitungsmaschinen ist eine überaus große und mit der steigenden Verwendung der Maschine stetig zunehmende. Die nach den Berichten der Berufsgenossenschaften festgestellte Unfallhäufigkeit übersteigt zwar den allgemeinen Durchschnitt nicht. Bei den Unfällen in der Holzindustrie kommt aber in Betracht, daß ihnen in der Hauptsache nur die an den Holzbearbeitungsmaschinen Beschäftigten ausgesetzt sind, während den Verhältnisberechnungen der Berufsgenossenschaften die Gesamtzahl der in der Holzbearbeitung betriebenen Beschäftigten zugrunde gelegt ist. Die Häufigkeit der Unfälle illustriert eine im Winter 1904/05 veranstaltete Enquete der Berliner Maschinenarbeiter, bei der ermittelt wurde, daß jährlich von je hundert Beschäftigten im Durchschnitt 57,24 Unfälle zu verzeichnen waren. Bei den 5 für die Holzbearbeitung in Frage kommenden Berufsgenossenschaften sind im Jahre 1910 21 846 Unfälle gemeldet worden, von denen 159 tödlich verliefen und 1659 dauernde Erwerbsunfähigkeit im Gefolge hatten. Besonders häufig sind Verletzungen der Hände, die durch die außerordentlich hohe Rotation der Fräsen und Messer besonders gefährdet sind.

Die Sorge um ausreichenden Schutz gegen die Gefahren der Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigt deshalb stetig die beteiligten Arbeiter und deren Organisation. Schon die frühere Organisation der an Holzbearbeitungsmaschinen Beschäftigten, der Maschinenarbeiterverband, hat wiederholt Erhebungen über Unfallhäufigkeit veranstaltet; die jetzige Organisation der in Frage kommenden Arbeiter, der Holzarbeiterverband, läßt durch seine Lokalverbände jeden Unfall und dessen nähere Umstände registrieren und verarbeitet alljährlich das eingegangene Material in seinem Jahrbuch. Mit den Unfallgefahren an den Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigt sich auch der 1910 in München stattgehabte Verbandstag, der den Vorstand beauftragte, Leitfäden auszuarbeiten, welche die Forderungen enthalten, die an die Berufsgenossenschaft, Gewerbeinspektion und Gesetzgebung zu stellen sind. Diesem Auftrag hat eine im November 1911 in München tagende Branchenkonferenz der im Deutschen Holzarbeiterverband organisierten Maschinenarbeiter entsprochen. Sie hat folgende Forderungen aufgestellt:

A. An die Berufsgenossenschaften:
Vermehrung der Aufsichts- und Kontrollorgane in der Weise, daß wiederholte und gründliche Revisionen sämtlicher der Berufsgenossenschaft unterstellten Betriebe alljährlich möglich sind.
Anstellung von Betriebskontrolleuren aus den Kreisen der Maschinenarbeiter.
Erweiterung der Vorschriften über Anbringung von Schutzeinrichtungen an Holzbearbeitungsmaschinen, und strengere Maßnahmen zur Durchführung dieser Vorschriften.
Anwendung hoher und wiederholter Geldstrafen gegen Unternehmer, die den erlassenen Vorschriften zuwiderhandeln.

B. An die Gewerbeinspektion:
Veranstaltung von Vorträgen über Arbeiterschutz und wirksame Anwendung von praktischen Schutzeinrichtungen in Arbeiterkreisen.
Zuziehung von Maschinenarbeitern bei Revision der Betriebe.

C. An die Gesetzgebung:
Vermehrung der Aufsichtsorgane bei den Gewerbeinspektionen, um eine gründliche und wiederholte Revision aller derselben unterstellten Betriebe zu ermöglichen.
Anstellung von Gewerbebeamten aus den Kreisen der Arbeiter.
Festsetzung eines Maximalarbeitstages von 10 Stunden für alle Betriebe der Holzindustrie und Herabsetzung desselben innerhalb gesetzlich zu bestimmender Frist auf täglich 8 Stunden. — Ganzliches Verbot der Frauenarbeit an Holzbearbeitungsmaschinen in Sägewerken und Holzlagern.
Verbot der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und Lehrlinge unter 17 Jahren an den Maschinen. — Gewährung polizeilicher Strafbefugnis an die zur Beaufsichtigung der Betriebe angestellten Gewerbe- und Aufsichtsbeamten.
Einführung von Pflicht-Unterrichtskursen für alle Arbeiter an Holzbearbeitungsmaschinen über Unfallverhütung an den Maschinen und Anwendung der vorgeschriebenen Schutzeinrichtungen.
Zugleich wurde beschlossen, zur Propaganda größeren Unfallschutzes eine Wanderausstellung zu schaffen. Diesem Beschlusse verbandt die am 23. Juni im Berliner Gewerkschaftshause eröffnete Ausstellung ihre Entschließung. In zahlreichen Bildern werden Arbeitsräume, wie sie zumeist sind, d. h. ohne alle hygienischen Vorrichtungen, ohne Schutzeinrichtungen, dunkel und verstaubt im Gegensatz zu leider vereinzelt gut eingerichteten Betrieben vorgeführt. Durch Vorführung von Schutzeinrichtungen in Modellen und Originalen wird der Beweis erbracht, daß die moderne Technik die Frage des Unfallschutzes größtenteils zu lösen imstande ist. Der Ausstellung angehängt ist eine Sammlung von Holzstaubproben, um die unheilvolle Wirkung des Holzstaubes vor Augen zu führen. Den eindrucksvollsten Teil der Ausstellung bildet aber die Sammlung von Abbildungen verunstalteter Hände — die Folgen von Unfällen an Holzbearbeitungsmaschinen. Es ist eine graufige, um Hilfe schreiende Darstellung. Möchte sie den Schuldigen ins Gewissen reden.

Die Temperatur des Erdinnern.

Von Prof. Dr. R. Wagner.*)

Daß in Bergwerken eine merklich höhere Temperatur herrscht als auf der Erdoberfläche, ist eine allgemein bekannte Tatsache. Für wissenschaftliche Folgerungen brauchbar sind aber nur die Beobachtungen, die man in Bohrlöchern angestellt hat. Solche Tiefbohrungen, wie sie meist im Interesse des Bergbaues vorgenommen werden, führen uns zurzeit mehr als zwei Kilometer in die Erdkruste. Man verwendet für diesen Zweck zylindrische Stahlbores, deren unterer Rand mit etwa erbsengroßen Diamanten besetzt ist, so daß im Innern der Bohre ein „Bohrkern“ losgelöst und herausgehoben werden kann. Um den entstehenden Bohrschlamm zu beseitigen, wird beständig Wasser in die Tiefe gepreßt und dann schlammeladen wieder emporgepumpt. Da die Bohrlöcher in der Gefahr sind, zusammenzustürzen, müssen die Wände durch eingesehte Rohre gestützt werden. Schreitet die Bohrung in größere Tiefen fort, so müssen die neuen „Bohrkernen“ wie die Auszüge eines Fernrohres hinabgeschoben werden. Sie müssen also einen immer engeren Durchmesser bekommen, und wenn schließlich die Bohrkern nur noch die Dicke eines Fingers haben, ist der ganzen Arbeit ein Ziel gesetzt. Die Thermometer zur Bestimmung der Tiefentemperaturen werden — je drei bis vier zusammen — in Stahlkapseln verschlossen und am Bohrgelände in die Tiefe gesenkt, möglichst gleich ganze Serien übereinander. Die Thermometer haben oben offene, schräg abgefehlte Röhrenden, aus denen das Quecksilber überläuft, sobald die Wärme den Faden hoch genug treibt — sind also eine Art „Maximumthermometer“. Nachdem sie hinreichend lange (9 bis 88 Stunden in Gutschow) in der Tiefe gewesen sind, holt man sie heraus, und das Quecksilber zieht sich natürlich wieder zusammen. Nun wird jedes einzelne Thermometer gleichzeitig mit einem Normalthermometer im Wasserbad so weit erwärmt, bis der Quecksilberfaden eben überfließen will. In diesem Augenblicke wird die Wasserwärme am Normalinstrument abgelesen. Solche überlautthermometer sind naturgemäß sehr zerbrechlich und gegen Erschütterungen empfindlich; außerdem wird der Zeitpunkt des Überfließens wegen der starken Kohäsion des Quecksilbers ziemlich schwanken. Auch sonst gibt es zahlreiche Fehlerquellen, die dem ganzen Meßverfahren anhaften: Eisenverrohrung wirkt als ausgleichender Wärmeleiter, ebenso eindringendes Wasser; Schlamm macht die Messungen namentlich auf der Bohrsohle oft unmöglich, so daß die Maximaltiefe meist nicht der Ort der gefundenen Maximaltemperatur ist.

Um aus den beobachteten Temperaturen Schlüsse auf die Wärmezunahme nach dem Erdinnern zu ziehen, wählt man folgendes Verfahren: Ausgehend von der Oberflächentemperatur — am besten einem Mittelwert aus langjährigen Beobachtungen — berechnet man zunächst die Bodentemperatur in 0 Meter Meereshöhe, indem man nach Hann auf je 100 Meter Erhebung 0,57 Grad C. in Abzug bringt. Diese Bodentemperatur wird (wir übergehen kleine Korrekturen mit Rücksicht auf Feuchtigkeitsgehalt usw.) von der im Bohrloche gefundenen höchsten Temperatur abgezogen, und schließlich wird die betreffende Bohrlochtiefe durch die gesunde Temperaturdifferenz dividiert. Das Ergebnis, die „geothermische Tiefenstufe“, gibt dann an, wieviel Meter man in die Tiefe gehen muß, um eine Temperaturzunahme von 1 Grad C. zu finden.

Wir verfügen zurzeit bereits über eine ganz erkleckliche Anzahl von wissenschaftlich brauchbaren Angaben der geothermischen Tiefenstufe, aus denen man als allgemeinen Mittelwert etwa 33 m annehmen darf. Die beträchtlichen Schwankungen in den Einzelfällen haben die verschiedensten Ursachen: Art, Lagerung, Bergfeuchtigkeit der Gesteine, chemische Vorgänge, abkühlende Nachbarschaft u. a. Für ebene, nicht jungeruptive Gesteine nimmt Königsberger als Normalwert 33 Meter; bei nachgelagerten Schichten 34 Meter, für stark bergfeuchte

*) Aus dem überaus instruktiven Bändchen „Grundfragen der Geologie“, Leipzig, Verlag von Quelle u. Meyer. Preis gebunden 1,25 Mk.

oder steil gestellte Schichten 34 bis 39 Meter, trockene lockere Schichten 29 bis 34 Meter. Wirten große Wasserflüsse in der Nachbarschaft kühlend, so wird die Wärmezunahme stark herabgesetzt; die Tiefenstufe bei Neapel ist 100, bei Düren 180, am Oberen See 123 Meter. Tunnelbohrungen unter Bergen ergeben ebenfalls höhere Werte: Mont Cenis 50, Gotthard (Scheitel) 44, Simplon 43,5 Meter, Tauertunnel 37 Meter. In jungeruptiven Gegenden, in denen diluviale und selbst noch tertiäre Lavaschichten wärmen, ist die rasche Zunahme der Temperatur bei Neuffen (Württemberg) 11,8, in der Lava von Santorin zirka sieben Meter um 1 Grad C.

Es ist für uns nun die bedeutsame Frage: Darf man den Betrag der geothermischen Tiefenstufe benutzen, um daraus die Temperatur des Erdinnern zu berechnen?

Es ist ja sehr verlockend, die Progression einfach fortzusetzen, indem man sagt: auf 33 Meter Tiefe kommt 1 Grad C. Temperaturerhöhung, also auf 33 Kilometer 1000 Grad, 3300 Kilometer 100 000 Grad, auf 6600 Kilometer, also dem Erdmittelpunkt, knapp 200 000 Grad. Aber abgesehen von dem Wagnis, von dem 3000. Teil eine Kurve, den man wirklich beobachtet hat, auf ihren Gesamtverlauf zu schließen, ergeben sich eine Menge schwerer Bedenken. Schon die Erfahrung, daß bei steigender Temperatur die Wärmeleitfähigkeit der Gesteine abnimmt, mahnt zur Vorsicht. Immerhin kommen verschiedene hervorragende Gelehrte auch heute noch zu ganz unangelegenen Zahlenangaben.

Von fast allen Gelehrten, die sich mit dem Problem der Erdwärme beschäftigt haben, ist als selbstverständliche Voraussetzung angenommen worden, daß die gegenwärtig vorhandene Wärmesumme im Erdinnern ein Rest der ursprünglichen Ballungswärme sei, und daß dieser Vorrat durch fortgesetzte Abgabe an den Weltraum eine konstante Abnahme erfährt. Nun haben aber die letzten Jahre eine neue Wärme- und Energiequelle kennen gelehrt, die uns noch mancherlei Überraschungen bringen wird; das sind die radioaktiven Substanzen.

So bleibt uns nach allen berichteten Untersuchungen als Antwort auf die Frage das betäubend unsichere Ergebnis: Die Temperatur nimmt innerhalb der Erdrinde zu, bis zu welcher Tiefe wissen wir nicht; der Höchstbetrag wird zwischen 2000 und 100 000 Grad angegeben.

Aus dem Gerichtssaal.

Wieder ein Spionageprozeß. Vor dem vereinigten 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts begann Montag der Landesverratsprozeß gegen den 33jährigen Kaufmann und Ingenieur Wilhelm Lichtenberger aus Mannheim. Acht Zeugen, meist Polizeibeamte, und drei militärische Sachverständige sind geladen. Lichtenberger soll den Versuch gemacht haben, sich zu Verratszwecken ein Signalfeld der kaiserlichen Marine und das neueste Artilleriegeschloß zu verschaffen. — Die Öffentlichkeit wurde auf Antrag des Reichsanwalts während der ganzen Dauer der Verhandlung natürlich ausgeschlossen. Es wurde zu 4 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrenverlust verurteilt.

Aus Nah und Fern.

Wie gebaut wird. In einem im Bau befindlichen Hause in der Angerburgerstraße in Lüben (Ostpreußen) ereignete sich ein Bauunfall, indem eine Wand und ein Fußboden einstürzten. Die Pensionistin, die Fremde, ihre Tochter und drei Präparanden stürzten in die untere Etage. Die Tochter ist schwer verletzt, der Präparand Hubner erlitt einen Beckenbruch und Quetschungen. Die übrigen drei wurden leicht verletzt.

Ein schwerer Unfall hat sich auf dem Bahnhof Fürstbrunn bei Berlin ereignet. Der Bahnhofsvorsteher bemerkte, als der Zug in Bewegung gesetzt worden war, daß die Tür eines Wagens offen stand; er schwang sich auf das Trittbrett, glitt jedoch aus und kam unter die Räder. Der rechte Arm ist ihm vollständig abgefahren worden, außerdem hat er schwere Verletzungen am Kopf und an der Brust erlitten.

Die nackte Wade. Das Städtchen Rotenburg bei Fulda hat zu dem Kapitel „Kunst und Sittlichkeit“ ebenfalls einen Beitrag geliefert. Wie wir in der „Frankfurter Volksstimme“ lesen, sind vor dem Hauptportale des dortigen Lehrerseminars vor einiger Zeit zwei lebensgroße allegorische weibliche Figuren aufgestellt worden, die der Berliner Bildhauer Professor Pügel geschaffen hat. Die farbige behandelten Gewänder dieser Figuren lassen die Körperformen deutlich hervortreten; außerdem ist — o Schreck! — das vorgestellte rechte Bein, das sogenannte Spielbein, bis zu m Knie unversehrt. Diese nackte Wade, die infolge der koloristischen Behandlung der Statuen besonders auffallen soll, hat nun bei schäntigen Leuten Anstoß erregt und zu einer Beschwerde bei der Regierung geführt. Die Behörde soll auch jetzt anordnet haben, daß die Figuren durch eine andere Bemalung ein dezenteres Aussehen bekommen. Wie kann man aber auch weibliche Figuren vor einem Lehrerseminar aufstellen, ohne den beiden Damen die „deutlich hervortretenden Körperformen“ zu verdecken? Wenn man nur durchbrochene Strümpfe diesen schamlosen Weibern angezogen hätte, dann wäre doch wenigstens den angehenden Lehrern dieser unsittliche Anblick erspart geblieben. Hoffentlich hat die Regierungsbehörde nun auch wirklich kunstinnige Beamte, die die Figuren denn auch so bemalen, daß sie ein dezenteres Aussehen bekommen. Es geht nichts über eine teufelische Behörde!

Sein Fensterputzen verunglückt. Zwei Handwerksburschen, die am Städtischen Krankenhaus zu Worms mit Fensterputzen beschäftigt wurden, stürzten von der Leiter. Dem einen durchschritt das Glas die Kehle, sodas alsbald der Tod eintrat. Der andere wurde schwer verletzt.

Liberale Schweiswedelei. In der liberalen „Neuwieder Zeitung“ wird der Einzug des jungvermählten Bringen Viktor von Wied und seiner Frau durch ein Poem verherrlicht, dem wir folgende Schlusszeilen entnehmen:
Oft noch Neuwied durch Besuch zu beglücken,
Laden die jubelnden Bürger dich ein.
Nührung umfaßt uns, dich heut zu erblicken
als Neuwieder mähltel!

Wäre es immer so sein.
Was die Redaktion dieses liberalen Blattes sich bei der Aufnahme des blödsinnigen Geschwafers gedacht hat, mögen die Götter wissen! Ob das Paar immer neuvermählt bleiben soll, oder ob die „Nührung“ immer so bleiben soll, wer kann es außer der „Neuwieder Zeitung“ und dem Poeten wissen! Jedenfalls wird auch der angebotene Preis für die Zustimmung, sein ganzes Leben in den Fitterröcken zu verbringen, schönstens bedanken!

Großfeuer. In der Salpeterabteilung der Chemischen Fabrik Köln-Kalk brach ein Feuer aus, das einen derartigen Umfang annahm, daß die gesamten Wehren Kölns zur Hilfeleistung heranzurufen. Auch eine Anzahl benachbarter Häuser wurde vom Feuer ergriffen. Die Feuerwehren hatten große Mühe, den Fort des Feuers einzudämmen, was nach anderthalbstündiger Arbeit gelang.

Streik, für 10 069 zur Aussperrung führten. Außerdem waren 18 901 Mitglieder ausgesperrt infolge von Konflikten in anderen Bereichen. Das Ergebnis der Kämpfe ist in der Hauptsache Arbeitszeitverkürzung für 18 415 männliche und 1507 weibliche Arbeiter; Erhöhung der Akkordlöhne für 9059, des Minimallohnes für 31 724 Mitglieder, des Tageslohnes für 2698, des Monatslohnes für 2650 Mitglieder.

Die Arbeitslosigkeit war im verfloßenen Jahre noch so groß, daß von rund 110 000 Arbeitern das ganze Jahr über durchschnittlich 10 000 arbeitslos waren. Die Zahl der arbeitslosen Tage war 2 481 000. Der Prozentsatz der Arbeitslosigkeit war für das ganze Jahr 9,2 gegenüber 10,5 im Jahre 1910.

Das permanente Schiedsgericht hatte über 29 Klagen zu entscheiden. Von den Entscheidungen dieser mit Strafkompetenz ausgestatteten gesetzlichen Institution ist ganz besonders eine bemerkenswert, durch die der Ziegeleibesser Clausen zu 400 Kronen Geldstrafe verurteilt wurde, weil er Arbeiter entließ, als sie seinem Verlangen, aus ihrer Gewerkschaft auszutreten, nicht nachkommen wollten. In dem Urteil wird ausdrücklich hervorgehoben, daß dem Angeklagten mildernde Umstände zugebilligt wurden; in anderen Fällen werden also Unternehmer, die auf Raub am Koalitionsrecht ihrer Arbeiter ausgehen, nicht so billig davonkommen.

Der Vorstand des Gesamtverbandes hat sich unter anderem mit dem Plan der Gründung einer Arbeiter-Feuerversicherung befaßt; diese Angelegenheit soll jedoch nun erst noch den nächsten sozialdemokratischen Parteitag beschäftigen. Vertreten war der Gesamtverband auch auf der 7. Internationalen Gewerkschaftskonferenz in Budapest im August vorigen Jahres, sowie auf der skandinavischen Arbeiterkonferenz zu Göttingen in diesem Frühjahr, die die Vorbereitungen zu dem vom 2. bis 4. September in Stockholm stattfindenden skandinavischen Arbeiterkongreß traf und Vorschläge zu einem Gegenseitigkeitsabkommen der nordischen Länder zwecks Unterstützung bei großen Lohnkämpfen gut hieß.

Nach Erledigung des Jahresberichts befaßte die Repräsentantensammlung sich unter anderem mit einem Vorschlag auf Errichtung eines Gewerkschaftshauses in Ropenhagen, zu welchem Zweck ein Extrabeitrag von 1 Krone und von 50 Dore erhoben werden sollte. Es wurde jedoch beschlossen, die Sache bis zur nächsten Generalversammlung zu verlagern. Außerdem stand die Reorganisation des Gesamtverbandes auf der Tagesordnung; diese Frage konnte aber nicht erledigt werden, da der feinerzeit zur Vorbereitung eingefetzte Ausschuß seine Arbeiten noch nicht beendet hatte.

Aus der Partei.

Landesparteitag für Sachsen-Altenburg. Am 22. und 23. Juni wurde in Schmalko der Landesparteitag der Sozialdem. Partei Sachsen-Altenburgs abgehalten. Beschlössen wurde die Errichtung eines Parteisekretariats für Sachsen-Altenburg. Zur Aufbringung der Mittel für das Sekretariat soll der Monatsbeitrag für männliche Mitglieder von 30 auf 40 und für weibliche Mitglieder von 15 auf 20 Pf. erhöht werden. Eine längere Aussprache rief der unbefriedigende Verlauf der diesjährigen Maifeier hervor. Folgende Resolution wurde angenommen: „Der Landesparteitag ist der Ansicht, daß die Maifeier als eine demonstrative Massenaktion des Proletariats zu betrachten und aufrecht zu erhalten ist. Bei Veranstaltung der Maifeier haben sich die Parteimitglieder mit den Gewerkschaftsinstitutionen ausschließlich in Verbindung zu setzen und dahin zu wirken, daß in Zukunft der Charakter der Maifeier nach jeder Richtung hin in würdiger Form gewahrt wird.“ So unbefriedigend wie der Verlauf der Maifeier wurde auch der Verlauf des Frauentages dargestellt. Eine Resolution erklärt es als Pflicht aller Parteivereine, unter den Frauen mehr als bisher geschieden in agitatorisch zu wirken und dafür Sorge zu tragen, daß die alljährlich stattfindenden Frauentage zu wichtigen Demonstrationen gestaltet werden. Zum Vorsitzenden der Landesorganisation wurde wiederum Genosse Schumann in Altenburg gewählt. Als Delegierte zum Deutschen Parteitag wurden die Genossen Schumann in Altenburg und Böhm in Eisenberg benannt.

„Wir sind hierhergekommen.“ fuhr Lady Davenant fort, nicht um einen Rechtsstreit zu führen, sondern um unter rechtmäßigem Titel und dem damit verbundenen Titel anzutreten. Wir werden unter dem Namen der Königin, oder dem Parlament, oder dem Oberhaus, oder dem Lordkanzler, oder wer immer zuständig ist, vorlegen und wir werden sagen: „Ich bin Lady Davenant.“ Alles weitere ergibt sich aus diesen Schriftstücken.“

„Alas Martha,“ entgegnete ihr Gatte, ja, ich werde den Beweis führen, daß ich in der Tat der rechtmäßige Lord Davenant bin.“

Sie richtete ihm eine Anzahl Dokumente, in deren Studium er sich vertiefte, worauf sie hinausdrückte. Kaum fand sie jedoch der edle Lord in dem Zimmer allein, als er den Versuch wieder vom Tische abzulegte, einen zweiten Stahl heranzugreifen, seine Hände auf diesen legte, ein rotierendes Zeichen über dem Gesicht breitete und die Hände auf der Brust faltete. Bald veränderten regelmäßige Atemzüge, daß er eingeschlafen war.

2. Kapitel.

Nur eine Schneiderin.

Harry Goslett lehnte an diesem Abend niedergelassen nach der Pension Bernalack zurück. Er hatte den Tag benutzt, um einige Bienen zu besuchen, deren Bekanntheit er mochte, aber überall eine überaus frohliche Aufnahme gefunden. Es fiel ihnen schwer, sich mit dem so plötzlich aufgetauchten Verwandten zu befreunden, der so ganz anders sprach als sie und dessen Manieren ihnen noch unverständlich waren als selbst seine Worte erriethen. Sie fühlten sich als Arbeiter und sahen in ihm ein fremdes Wesen, dessen Auftreten ganz dem eines Angehörigen der Klasse der verachteten reichen Pächter gleich. Um ihren Argwohn zu zerstreuen, blickte er ihnen das Märchen an, das sie ihm in ihrer Unwissenheit bereitwillig glaubten, daß er nämlich den größeren Teil seiner Jugend in dem Vereinigten Staaten verbracht habe und erst unlängst von dort zurückgekehrt sei.

Er wollte jetzt sein drei Wochen unter seinen Verwandten, denen er eine gute Portion Neugierde, aber wenig Begierde entgegengebracht hatte. An Stelle des erwarteten Interesses begann er sich bald in Langeweile, obwohl mit Unrecht, da er weiter nichts als die Augenblicke des ihm so fremden Lebens sah. Zu seinen Verwandten gehörte ein Onkel, namens Benjamin Bunker, den zu studieren ihm viel Vergnügen bereitet hätte, wenn er es nicht anderen Onkels Onkel gewesen wäre. Da jedoch Benjamin und der verheiratete Sergeant Goslett Schwestern

Aus der Jugendbewegung.

Aus der Zeitschrift für „nationale Jugendbildung.“ Im Regierungsbezirk Erfurt findet seit etwa einem Jahre eine Zeitschrift Verbreitung, die zur Aufgabe hat, in „nationaler“ Jugendpflege und -bildung zu machen. Sie nennt sich: „Wir sind Deutschlands Jugend.“ wird von Ernst Heinrich Bethge, Friedrich Blüthgen und Karl Hemprich in Naumburg a. Saale herausgegeben und von Julius Bely in Langensalza verlegt. Wenn jemals ein Preßzeugnis in eckhafter, ruppiger und gemeiner Art seine Aufgaben zu lösen versucht, dann dieses sogenante „Jugendbildungsorgan.“ Unter der Rubrik: „Unsere Staatsbürger“ legt es den jugendlichen Lesern wichtige Vorgänge des politischen Lebens in Gesprächsform vor. Die das geschieht, soll an einem Beispiele aus der neuesten Nummer, in der die skandalösen Vorgänge des preussischen Abgeordnetenhauses zur Besprechung kamen, dargestellt werden. Das Blättchen legt den Gewaltakt der preussischen Reaktion seinen Lesern wie folgt vor:

(Wilder Gesang aus einem Nebenraum.)
Wir sind Sozialdemokraten,
wir sind Feinde des Lichts!
Vallera!
Wir essen gern Schinken und Braten,
und arbeiten tun wir nichts!
Vallera!
Wir treten zu Boden, wer was tut und was hat.
Unsere Hoffnung ist und bleibt auf dieser Welt
der Zukunftskaat.

(Nach dem Gesang ertönt Rabau, Brüllen und Pfeifen.)
Franz: Was gibts denn da? Das ist ja fürchterlich!
Friedrich: Sie spielen Landtag.
Franz: Ungarischen?
Friedrich: Nein, preussischen. Die wilden „Sechs“ rücken an, hör doch!

Franz: Das sollten die Kameraden doch nicht tun. So ein Gebaren! Das ist ja wie in einer Tiermenagerie.
Friedrich: So haben die es doch gemacht, Vorhadt, Reinert und Genossen.
Franz: Wenn auch. Etwas Häßliches soll man nie nachmachen.

Friedrich: Es hat seinen Grund.
Franz: Welchen?
Friedrich: Spione sind wieder da. Jolinasty mit drei „Freunden“. Als hätte. Denen wollen sie die Komödie vorführen. Hör doch, wie Müller Franz brüllt: Gewalt! Gewalt! — Jetzt ist jedenfalls der Schutzmann bei der Arbeit. Hoffentlich verlohnt er den Reklametraktoren das Fell gehörig, damit Jolinasty gleich unsere Meinung über den Skandal erfährt. Was sich die sechs Kerle einbilden, als ob sie die allein Berufenen wären, die Tätigkeit eines ganzen Landtages aufzuhalten. Staatsbürgerlicher Schwachsinn.

Franz: Und diese Leute beanspruchen im Staatsleben gleiches Recht für alle!

Friedrich: Ihrem Benehmen nach müßte für sie eine vierte oder gar fünfte Wählerklasse eingerichtet werden. (Sechs Kameraden, darunter Müller Franz, betreten den Raum.)
Franz: Nun, wollt ihr?
Müller Franz: Wir sind die rausgefahrenen wilden Sechs. Wir hatten die Absicht, den Landtag zu vergewaltigen. Es ist uns aber nicht gelungen.

Friedrich: Seht ihr! Betragt euch wie anständige Staatsbürger, dann könnt ihr auch Anspruch machen auf Anerkennung eurer Forderungen. Mit Kuppeln wird kein Landtag regiert, nicht mal in Ungarn.

Die proletarische Jugendbewegung wird bekanntlich deshalb bis aufs Blut verfolgt, weil sie politisch sein soll. Aber ist das etwa nicht Politik, niedrigste, blödeste Politik der Verhöhnung, die durch das obige Elaborat propagiert wird?

Kommunales.

Zum Kongreß für Städteorten, der vom 23. bis 28. September während der Städteausstellung in Düsseldorf stattfindet, hat der Reichskanzler das Wort genommen. In einem an den Oberbürgermeister Dr. Döhler in Düsseldorf gerichteten Schreiben hebt v. Bethmann-Hollweg hervor: „Die kraftvolle Entwicklung des deutschen Kommunales, wie sie ganz besonders auch im Westen des Reichs zu beobachten ist, ruft immer neue und schwierigere Auf-

gaben nach. Ich gebe dem Wunsch und der Hoffnung Ausdruck, daß dem Kongreß ein greifbarer Erfolg beschieden sei und seine Arbeiten zu einer Lösung der wichtigen zur Beratung stehenden Fragen beitragen mögen.“ Den Worten sollte der preussische Ministerpräsident endlich auch Taten folgen lassen. Was nützen die Beschlüsse und Wünsche von kommunalen Kongressen, wenn allen fortschrittlichen und freiheitlichen Regungen auf kommunalem Gebiet ein reaktionärer Geist der Regierung und der Behörden entgegensteht?

Gewerkschaftsbewegung.

Die Aussperrung der Metallarbeiter in Hannover. Auf Vorschlag des Deutschen Metallarbeiterverbandes, dem der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller zugestimmt hatte, bildeten beide Parteien eine allgemeine Verhandlungskommission, zu der je ein Vertreter des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller und des Deutschen Metallarbeiterverbandes als Berater hinzugezogen wurde. Die Arbeiter verständigten sich, daß die Hirsch-Dunderthien Gewerksvereine ein Mitglied zu der siebenköpfigen Arbeiterkommission stellen sollten, das auch die christlichen Gewerkschaften zu vertreten hat. Am Sonnabend, dem 22. ds. Mts., von mittags, begannen die Verhandlungen, und dehnten sich bis 3 1/2 Uhr nachmittags aus, ergaben aber keine Zugeständnisse der Unternehmer in der Frage der Arbeitszeit. Die Arbeitervertreter mußten deshalb erklären, daß die Untermehrvorschläge kaum von den Arbeitern angenommen werden würden. Sie machten Gegenanträge, wonach die Arbeitszeit pro Woche noch eine halbe Stunde verkürzt wird. Die Unternehmer blieben auf 57 Stunden pro Woche bestehen. In der Lohnfrage scheint eine Verständigung möglich zu sein. Nach Beendigung der Verhandlung ordnete der Verband Deutscher Metallindustrieller am Sonnabend nachmittags 4 Uhr die Aussperrung in den Bezirksverbänden Magdeburg und Halle a. S. an, die in den meisten Betrieben erfolgte. Schätzungsweise sind in Magdeburg rund 7000 bis 8000 und in Halle a. S. rund 3000 bis 4000 Personen ausgesperrt. Dazu kommen in Hannover rund 7000 Personen. Es sind also rund 18 000 Personen auf das Straßenpflaster geworfen. Die streikenden und ausgesperrten Arbeiter in Hannover nehmen im Laufe der Woche zu dem Verhandlungsergebnis Stellung. Die gewalttätige Störung des Wirtschaftslebens in der Provinz Hannover und Sachsen durch Schuld der Metallindustriellen wird längere Zeit dauern. — Aus Eisenwerda wird gemeldet, daß dort die Aussperrung bisher nicht den vollen angedrohten Umfang angenommen hat. Eine Firma sperrte statt 50 Personen 28 aus, eine andere unterließ die Aussperrung ganz, wie sie angab, weil keine organisierten Arbeiter bei ihr beschäftigt seien. Man sieht aus diesem Vorgang, daß bei dem Unternehmertum eine große Sympathie für die Aussperrung nicht besteht.

Eine christliche Verleumdung aufgedeckt. Im bayerischen Wald, also einer völlig katholischen Gegend, hat der Zentralverband deutscher Steinarbeiter (Sitz Leipzig) viele Anhänger. Der schwarze Keramarbeiterverband ist dort nur spärlich vertreten. Gegen den „roten“ Verband wird nun in der bekanntesten christlichen Weise gemüht. Am 29. April brachte ein Zentrumorgan, das „Chamer Tageblatt“ eine schauerliche Terrorismusgeschichte, die von einigen frei organisierten Steinarbeitern aus Malsberg gegenüber einem Unorganisierten verübt sein sollte. Das Blatt schrieb, der Unorganisierte sei nachts von drei Genossen überfallen und gehörig durchgeprügelt worden. Zum Schluß hätten ihn die Roten mit dem Messer bearbeiten wollen, aber der gute Christ konnte sich zum Glück noch in den Wald flüchten. Gegen drei unserer Genossen wurde Anklage erhoben. Das Amtsgericht Cham, vor dem die Sache dieser Tage verhandelt wurde, sprach sämtliche Angeklagte frei. Das „Chamer Tageblatt“, das jene Verleumdung in die Welt geschleudert hatte, muß nun Abbitte leisten. Es bringt eine Richtigstellung, in der es u. a. wörtlich heißt: „Weiter wurde (seinerzeit) berichtet, daß der betreffende Arbeiter an einem Sonnabend überfallen und wahrscheinlich auf Verabredung zu Boden geworfen wurde, und daß sich dabei zwei Vorstandsmitglieder der freien Gewerkschaft rühmlichst hervorgetan hätten usw. — Der Verlauf der heute im Kgl. Amtsgericht Cham stattgefundenen Verhandlung war aber derart, daß unser Bericht über den Vorgang der Rauferei (vordem war es ein nächtlicher Überfall. D. B.) nicht aufrechterhalten werden kann. Im Gegenteil zeigte sich, daß eigentlich — der Kläger auf die Anklagebank gehört hätte; es wurden dann auch zwei Angeklagte freigesprochen, während der dritte, wohl schuldig eines Vergehens der

wesenden, mit alleiniger Ausnahme Daniel Jagg's, nach derselben Richtung blickten und daß der Grund, weshalb so wohl Herr Maliphant wie sein Better Josephus fast rauchten, und Daniel nicht las und Seine Lordschaft noch würde voller als sonst auslief und entgegen der bisherigen Gewohnheit Spirituosen auf dem Tische standen, nichts Geringeres als die Gegenwart eines jungen Mädchens war. Diese Tatsache erschien ihm so erstaunlich, daß ihm der Atem ausging und er seinen Augen nicht trauen wollte. Dann erfolgte die Vorstellung durch Frau Bernalack, deren gesellschaftliche Gewandtheit sich dabei in ihrem besten Lichte zeigte. „Unser jüngstes“, sprach sie, wie wenn er ein Kind des Hauses gewesen wäre, „unser jüngstes und lehtes Mitglied unserer Familie, der nette Herr Goslett. Des ist Fräulein Kennedy, und ich hoffe, nein, ich bin überzeugt, daß Sie gute Freundschaft miteinander schließen werden; ich bin eine gute Prophetin, wie Sie ausfinden werden, und habe mich noch selten getäuscht.“

Harrys Verbeugung war tadellos. Was, um Himmels willen, so dachte er, hat dieses Wesen in Stepeny Green bei Frau Bernalack zu suchen? Ihre Haltung und ihr Benehmen überraschten ihn. Sie war in ein einfaches Kaschmirkleid gekleidet und trug weiße Manschetten, sowie um den Hals ein rotes Band. Das junge Mädchen hatte ein paar große braune Augen, die seinem Blick frei und offen begegneten, obgleich sie nicht von einem gewissen Staunen frei waren, wie es ähnlich in den feinen zum Ausdruck gelangte.

„Unser netter, spaßiger Tischler, Fräulein Kennedy“, fuhr Frau Bernalack mit der Vorstellung fort. — Harry fragte sich insgeheim, welche der beiden, in bezug auf ihn gebräuchteren Eigenschaften den schlechteren Eindruck machte, — hegt gleich Ihnen den Wunsch, ein eigenes, anständiges Geschäft zu gründen und sich selbständig zu machen.“

„Als ich selbst noch schneiderte“, geruhete Lady Davenant zu bemerken, „blieb ich hübsch zu Hause bei meiner Mutter und Lante Reziach. Die Gründung eigener Geschäfte durch junge Mädchen galt in unserer Stadt Canaan City für unschicklich. Es soll keineswegs ein Vorwurf für Sie sein, Fräulein Kennedy, aber was sich für London schickt, schickt sich nicht für New Hampshire.“

Fräulein Kennedy murmelte einige höfliche Worte und blickte von neuem den netten, spaßigen Tischler an, aus dessen Gesicht die Rote über die Art und Weise seiner Vorstellung durch Frau Bernalack noch immer nicht verschwunden war und der bei dem Gedanken, daß er sich über eine solche Kleinigkeit aufrege, abermals zu erröten begann. (Fortsetzung folgt.)

Körperverletzung, aber auch strafrechtlich erklärt wurde. Von einer Ausübung eines Terrorismus war aus dem Verlauf der Verhandlung nichts zu entnehmen, was hiermit konstatiert sei. Es hat sich somit herausgestellt, daß das frumde Zentrumblatt die organisierten Steinarbeiter in gewissenloser Weise verleumdet hatte. Leicht wird es dem „Chamer Tageblatt“ nicht geworden sein, eine solche Falschmeldung auf Grund der Amtsgerichtsverhandlung bringen zu müssen.

Die „unpolitischen“ Gelben. Auf dem Stummischen Hüttenwerk in Neunkirchen wurde ein „nationaler Hüttenverein“ gegründet. Von jedem sich anmeldenden Mitgliede wird die ehrenwörtliche Erklärung verlangt, daß es „nicht Mitglied irgend einer Gewerkschaft oder eines Vereins mit gewerkschaftlichen Tendenzen“ ist. Einzig in seiner Art aber sind die Satzungen dieses Vereins, die u. a. bestimmen: „Der Vorstand beschließt durch außerordentliche Mitglieder- versammlung, welcher Partei die Stimmen seiner Mitglieder bei politischen oder kommunalen Wahlen übertragen werden. Sämtliche Mitglieder haben sich dem in der Versammlung gefaßten Beschlusse strikt zu unterwerfen. Bei Zuwiderhandlung tritt Artikel 4 § 9 der Statuten in Kraft.“ Die Strafbestimmung betrifft den Ausschluß aus dem Verein. — Der gelbe Werkverein konstituiert sich also einfach als Wahlverein und beschließt die politische Entziehung der Arbeiter. Diese Gelben haben ihre Aufgabe richtig erkannt.

Die Bilanz des tschechischen Separatismus. Aus der Statistik des Jahresberichts der österreichischen Reichsgewerkschaftskommission ergeben sich interessante Zahlen über die Wirkung der Zersplitterungsaktion der tschechischen Sozialdemokratie. Die Gesamtmitgliederszahl der Wiener Kommission angehörenden Gewerkschaften betrug 1907, wo sie den Höchststand erreichte, 501 095 und hat jetzt nach einem bis 1910 konstanten Rückgang wieder 421 905 erreicht. Wenn der Rückgang natürlich auch dem Konjunkturmangel und zuzuschreiben ist, so beweist doch die Verteilung des Rückgangs auf die einzelnen Provinzen die besondere Schuld des Separatismus. Während nämlich 1906 und 1907 das Hauptindustrieland Böhmen noch die meisten Gewerkschaftsmitglieder hatte, ist es heute von Wien überholt. Wien hat 158 622 gegen 125 620 im Jahre 1907, Böhmen nur 93 558 Zentralorganisierte gegen 178 034 im Jahre 1907. Während hatte 1907: 49 527 und hat heute 30 138, Schlesien hatte 1907: 25 766 und hat heute 17 093. Also die drei Provinzen, in denen es tschechische Sprachgebiete größerer Ausdehnung gibt, haben den Stand der Zeit vor dem Separatismus noch lange nicht wieder erreichen können. Die tschechischen Verbände konnten ihren Mitgliederstand seit 1907 von 37 423 auf rund 85 000 Mitglieder bringen, während den Zentralverbänden gegen 1907: 79 189 Mitglieder fehlen. Man könnte also immerhin wenigstens annehmen, daß die von den Zentralverbänden Abgesprengten den Separatismusverbänden beigetreten sind, doch ist die Sicherheit dafür natürlich nicht absolut und sie wäre auch nur ein magerer Trost, wenn man damit das bedeutende Wachstum der reichsdeutschen Gewerkschaften von Jahr zu Jahr vergleicht.

Soziales.

An die Vorstände der freien eingeschriebenen Hilfskassen! Die auf dem Kongress der eingeschriebenen Hilfskassen gewählte Kommission zur Wahrung der Interessen der Kassen hat nunmehr den Auftrag erfüllt, einen Satzungsentwurf, dem neuen Recht entsprechend, sowohl für die zentralisierten wie für die lokalen Hilfskassen herauszugeben, und zwar soweit es sich um diejenigen Hilfskassen handelt, welche entweder Zuschüsse erhalten müssen, weil sie am 1. April 1909 keine 1000 Mitglieder hatten oder welche ohnehin aus freier Entschliessung sich in Zuschußklassen umwandeln. Es ist in dem Satzungsentwurf vorgesehen, daß diejenigen Kassen, welche ihren nichtversicherungspflichtigen Mitgliedern auch fernerhin ärztliche Hilfe und Arznei gewähren wollen, solches können, wenn sie es durch die Satzung beschließen. Für diejenigen Kassen, welche sich in Ersatzklassen umwandeln wollen, ist ein Entwurf noch nicht fertig gestellt, da diesbezüglich noch weitere Verhandlungen mit dem Aufsichtsamte für Privatversicherung notwendig sind bzw. auf eine Vorbescheidung über einen eingereichten Entwurf gewartet wird. Viele Kassen, welche Ersatzklassen werden wollen, haben noch Zeit mit der Umwandlung bis dahin, da durch Bundesratsverordnung der Tag bestimmt wird, an welchem die Wechseln nach § 75 des Hilfskassengesetzes ungültig wird. Sechs Monate vor Ablauf dieses Tages muß der Antrag auf Zulassung als Ersatzklasse bei der zuständigen Stelle gestellt sein. Die Satzungsentwürfe für Zuschußklassen sind gegen Einsendung von 1 Mk. pro Stück bei Herrn C. Weisinger, Hamburg 1, Wendenbinderhof 70, erhältlich. Die Kommission. J. A. G. Wulme.

Unfallgefahren in der Holzindustrie. Der Deutsche Holzarbeiterverband hat in die Reihe seiner Agitationsmittel ein neues Glied eingefügt und unter der in der Stichmarke gegebenen Bezeichnung eine Wanderausstellung zur Propaganda größeren Unfallschutzes an Holzbearbeitungsmaschinen geschaffen. Die Unfallgefahr an den Holzbearbeitungsmaschinen ist eine überaus große und mit der steigenden Verwendung der Maschine stetig zunehmende. Die nach den Berichten der Berufsgenossenschaften festgestellte Unfallhäufigkeit überschreitet zwar den allgemeinen Durchschnitt nicht. Bei den Unfällen in der Holzindustrie kommt aber in Betracht, daß ihnen in der Hauptsache nur die an den Holzbearbeitungsmaschinen Beschäftigten ausgesetzt sind, während den Verhältnisberechnungen der Berufsgenossenschaften die Gesamtzahl der in den Holzbearbeitungs- betriebenen Beschäftigten zugrunde gelegt ist. Die Häufigkeit der Unfälle illustriert eine im Winter 1904/05 veranstaltete Enquete der Berliner Maschinenarbeiter, bei der ermittelt wurde, daß jährlich von je hundert Beschäftigten im Durchschnitt 57,24 Unfälle zu verzeichnen waren. Bei den 5 für die Holzbearbeitung in Frage kommenden Berufsgenossenschaften sind im Jahre 1910 21 846 Unfälle gemeldet worden, von denen 159 tödlich verließen und 1659 dauernde Erwerbsunfähigkeit im Gefolge hatten. Besonders häufig sind Verwundungen der Hände, die durch die außerordentlich hohe Rotation der Fräsen und Messer besonders gefährdet sind.

Die Sorge um ausreichenden Schutz gegen die Gefahren der Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigt deshalb stetig die beteiligten Arbeiter und deren Organisation. Schon die frühere Organisation der an Holzbearbeitungsmaschinen Beschäftigten, der Maschinenarbeiterverband, hat wiederholt Erhebungen über Unfallhäufigkeit veranstaltet; die jetzige Organisation der in Frage kommenden Arbeiter, der Holzarbeiterverband, läßt durch seine Lokalverwaltungen jeden Unfall und dessen nähere Umstände registrieren und verarbeitet alljährlich das eingegangene Material in seinem Jahrbuche. Mit den Unfallgefahren an den Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigte sich auch der 1910 in München stattgehabte Verbandstag, der den Vorstand beauftragte, Leitende auszuwählen, welche die Forderungen enthalten, die an die Berufsgenossenschaft, Gewerbeinspektion und Gesetzgebung zu stellen sind. Diesem Auftrag hat eine im November 1911 in München tagende Branchenkonzferenz der im Deutschen Holzarbeiterverband organisierten Maschinenarbeiter entsprochen. Sie hat folgende Forderungen aufgestellt:

A. An die Berufsgenossenschaften:

Vermehrung der Aufsichts- und Kontrollorgane in der Weise, daß wiederholte und gründliche Revisionen sämtlicher der Berufsgenossenschaft unterstellten Betriebe alljährlich möglich sind.

Anstellung von Betriebskontrolleuren aus den Kreisen der Maschinenarbeiter.

Erweiterung der Vorschriften über Anbringung von Schutzvorrichtungen an Holzbearbeitungsmaschinen, und strengere Maßnahmen zur Durchführung dieser Vorschriften.

Anwendung hoher und wiederholter Geldstrafen gegen Unternehmer, die den erlassenen Vorschriften zuwiderhandeln.

B. An die Gewerbeinspektion:

Veranstaltung von Vorträgen über Arbeiterschutz und wirksame Anwendung von praktischen Schutzvorrichtungen in Arbeiterkreisen.

Zugleichung von Maschinenarbeitern bei Revision der Betriebe.

C. An die Gesetzgebung:

Vermehrung der Aufsichtsorgane bei den Gewerbeinspektionen, um eine gründliche und wiederholte Revision aller derselben unterstellten Betriebe zu ermöglichen.

Anstellung von Gewerbebeamten aus den Kreisen der Arbeiter.

Festsetzung eines Maximalarbeitstages von 10 Stunden für alle Betriebe der Holzindustrie und Herabsetzung desselben innerhalb gefeßter zu bestimmender Frist auf täglich 8 Stunden. — Gänzliches Verbot der Frauenarbeit an Holzbearbeitungsmaschinen in Sägewerken und Holzlagereplätzen.

Verbot der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und Lehrlinge unter 17 Jahren an den Maschinen. — Gewährung polizeilicher Strafbefugnis an die zur Beaufsichtigung der Betriebe angestellten Gewerbe- und Aufsichtsbeamten.

Einführung von Pflicht-Unterrichtskursen für alle Arbeiter an Holzbearbeitungsmaschinen über Unfallverhütung an den Maschinen und Anwendung der vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen.

Zugleich wurde beschlossen, zur Propaganda größeren Unfallschutzes eine Wanderausstellung zu schaffen. Diesem Beschlusse verdankt die am 23. Juni im Berliner Gewerkschaftshause eröffnete Ausstellung ihre Entstehung. In zahlreichen Bildern werden Arbeitsräume, wie sie zumeist sind, d. h. ohne alle hygienischen Vorrichtungen, ohne Schutzvorrichtungen, dunkel und verstaubt im Gegensatz zu leider vereinzelt vorhandenen gut eingerichteten Betrieben vorgeführt. Durch Vorführung von Schutzvorrichtungen in Modellen und Originalen wird der Beweis erbracht, daß die moderne Technik die Frage des Unfallschutzes größtenteils zu lösen imstande ist. Der Ausstellung angefügt ist eine Sammlung von Holzstaubproben, um die unheilvolle Wirkung des Holzstaubes vor Augen zu führen. Den eindrucksvollsten Teil der Ausstellung bildet aber die Sammlung von Abbildungen verkrüppelter Hände — die Folgen von Unfällen an Holzbearbeitungsmaschinen. Es ist eine graufame, um Hilfe schreiende Darstellung. Möchte sie den Schuldigen ins Gewissen reden.

Die Temperatur des Erdinnern.

Von Prof. Dr. P. Wagner.*

Daß in Bergwerken eine merklich höhere Temperatur herrscht als auf der Erdoberfläche, ist eine allgemein bekannte Tatsache. Für wissenschaftliche Forschungen brauchbar sind aber nur die Beobachtungen, die man in Bohrlöchern angestellt hat. Solche Tiefbohrungen, wie sie meist im Interesse des Bergbaues vorgenommen werden, führen uns zurzeit mehr als zwei Kilometer in die Erdkruste. Man verwendet für diesen Zweck zylindrische Stahlbohrer, deren unterer Rand mit etwa erbsengroßen Diamanten besetzt ist, so daß im Innern der Bohre ein „Bohrkern“ losgelöst und herausgehoben werden kann. Um den entstehenden Bohrschlamm zu beseitigen, wird beständig Wasser in die Tiefe gepreßt und dann Schlammbeladen wieder emporgesaugt. Da die Bohrlöcher in der Gefahr sind, zusammenzufürzen, müssen die Wände durch eingesezte Rohre gestützt werden. Schreitet die Bohrung in größere Tiefen fort, so müssen die neuen „Rohrtouren“ wie die Auszüge eines Fernrohrs hinabgehoben werden. Sie müssen also einen immer engeren Durchmesser bekommen, und wenn schließlich die Bohrkern nur noch die Dicke eines Fingers haben, ist der ganzen Arbeit ein Ziel gesetzt. Die Thermometer zur Bestimmung der Tiefentemperaturen werden — je drei bis vier zusammen — in Stahlkapseln verschlossen und am Bohrgeflänge in die Tiefe gesenkt, möglichst gleich ganze Serien übereinander. Die Thermometer haben oben offene, schräg abgesechnittene Röhren, aus denen das Quecksilber überläuft, sobald die Wärme den Faden hoch genug treibt — und also eine Art „Maximumthermometer“. Nachdem sie hinreichend lange (9 bis 83 Stunden in Czuchow) in der Tiefe gemessen sind, holt man sie herauf, und das Quecksilber zieht sich natürlich wieder zusammen. Nun wird jedes einzelne Thermometer gleichzeitig mit einem Normalthermometer im Wasserbad so weit erwärmt, bis der Quecksilberfaden eben überfließen will. In diesem Augenblicke wird die Wasserwärme am Normalinstrument abgelesen. Solche überlautthermometer sind naturgemäß sehr zerbrechlich und gegen Erschütterungen empfindlich; außerdem wird der Zeitpunkt des Überfließens wegen der starken Kohäsion des Quecksilbers ziemlich schwanken. Auch sonst gibt es zahlreiche Fehlerquellen, die dem ganzen Meßverfahren anhaften: Eisenverrohung wirkt als ausgleichender Wärmeleiter, ebenso eindringendes Wasser; Schlamm macht die Messungen namentlich auf der Bohrsohle oft unmöglich, so daß die Maximaltiefe meist nicht der Ort der gefundenen Maximaltemperatur ist.

Um aus den beobachteten Temperaturen Schlüsse auf die Wärmezunahme nach dem Erdinnern zu ziehen, wählt man folgendes Verfahren: Ausgehend von der Oberflächentemperatur — am besten einem Mittelwert aus langjährigen Beobachtungen — berechnet man zunächst die Bodentemperatur in 0 Meter Meereshöhe, indem man nach Hann auf je 100 Meter Erhebung 0,57 Grad C. in Abzug bringt. Diese Bodentemperatur wird (wir übergehen kleine Korrekturen mit Rücksicht auf Feuchtigkeitgehalt usw.) von der im Bohrloche gefundenen höchsten Temperatur abgezogen, und schließlich wird die betreffende Bohrlochtiefe durch die gesunde Temperaturdifferenz dividiert. Das Ergebnis, die „geothermische Tiefenstufe“, gibt dann an, wieviel Meter man in die Tiefe gehen muß, um eine Temperaturzunahme von 1 Grad C. zu finden.

Wir verfügen zurzeit bereits über eine ganz erkleckliche Anzahl von wissenschaftlich brauchbaren Angaben der geothermischen Tiefenstufe, aus denen man als allgemeinen Mittelwert etwa 33 m annehmen darf. Die beträchtlichen Schwankungen in den Einzelfällen haben die verschiedensten Ursachen: Art, Lagerung, Bergfeuchtigkeit der Gesteine, chemische Vorgänge, abkühlende Nachbarschaft u. a. Für ebene, nicht jungeruptive Gesteine nimmt Königsberger als Normalwert 33 Meter; bei flachgelagerten Schichten 34 Meter, für stark bergfeuchte

* Aus dem überaus instruktiven Bändchen „Grundfragen der Geologie“, Leipzig, Verlag von Quelle u. Meyer. Preis gebunden 1,25 Mk.

oder steil gestellte Schichten 34 bis 39 Meter, trockene lockere Schichten 29 bis 34 Meter. Wirken große Wassermassen in der Nachbarschaft kühlend, so wird die Wärmezunahme stark herabgesetzt; die Tiefenstufe bei Neapel ist 100, bei Dünkirchen 180, am Oberen See 123 Meter. Tunnelbohrungen unter Bergen ergeben ebenfalls höhere Werte: Mont Cenis 80, Gottard (Scheitel) 44, Simplon 43,5 Meter, Tauernstunnel 37 Meter. In jungeruptiven Gegenden, in denen diluviale und selbst noch tertiäre Lavaschichten wärmepelzend wirken, ist die rasche Zunahme der Temperatur bei Neuffen (Württemberg) 11,3, in der Lava von Santorin zirka sieben Meter um 1 Grad C.

Es ist für uns nun die bedeutsame Frage: Darf man den Betrag der geothermischen Tiefenstufe benutzen, um daraus die Temperatur des Erdinnern zu berechnen?

Es ist ja sehr verlockend, die Progression einfach fortzusetzen, indem man sagt: auf 33 Meter Tiefe kommt 1 Grad C. Temperaturerhöhung, also auf 33 Kilometer 1000 Grad, 3300 Kilometer 100 000 Grad, auf 6300 Kilometer, also dem Erdmittelpunkt, knapp 200 000 Grad. Aber abgesehen von dem Wagnis, von dem 2000. Teil eine Kurve, den man wirklich beobachtet hat, auf ihren Gesamtverlauf zu schließen, ergeben sich eine Menge schwerer Bedenken. Schon die Erfahrung, daß bei steigender Temperatur die Wärmeleitfähigkeit der Gesteine abnimmt, mahnt zur Vorsicht. Immerhin kommen verschiedene hervorragende Gelehrte auch heute noch zu ganz ungeheuren Zahlenangaben.

Von fast allen Gelehrten, die sich mit dem Problem der Erdwärme beschäftigt haben, ist als selbstverständliche Voraussetzung angenommen worden, daß die gegenwärtig vorhandene Wärmesumme im Erdinnern ein Rest der ursprünglichen Ballungswärme sei, und daß dieser Vorrat durch fortgesetzte Abgabe an den Weltraum eine konstante Abnahme erfährt. Nun haben aber die letzten Jahre eine neue Wärme- und Energiequelle kennen gelehrt, die uns noch mancherlei Überraschungen bringen wird; das sind die radioaktiven Substanzen.

So bleibt uns nach allen berichteten Untersuchungen als Antwort auf die Frage das betrübend unsichere Ergebnis: Die Temperatur nimmt innerhalb der Erdrinde zu, bis zu welcher Tiefe wissen wir nicht; der Höchstbetrag wird zwischen 2000 und 100 000 Grad angegeben.

Aus dem Gerichtssaal.

Wieder ein Spionageprozeß. Vor dem vereinigten 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts begann Montag der Landesverratsprozeß gegen den 31-jährigen Kaufmann und Ingenieur Wilhelm Lichtenberger aus Mannheim. Acht Zeugen, meist Polizeibeamte, und drei militärische Sachverständige sind geladen. Lichtenberger soll den Versuch gemacht haben, sich zu Verratszwecken ein Signalluch der kaiserlichen Marine und das neueste Artilleriegeschloß zu verschaffen. — Die Öffentlichkeit wurde auf Antrag des Reichsanwalts während der ganzen Dauer der Verhandlung natürlich ausgeschlossen. Er wurde zu 4 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrenverlust verurteilt.

Aus Nah und Fern.

Wie gebaut wird. In einem im Bau befindlichen Hause in der Angerburgerstraße in Löben (Ostpreußen) ereignete sich ein Bauunfall, indem eine Wand und ein Fußboden einstürzten. Die Pensionsinhaberin Fremde, ihre Tochter und drei Präparanden stürzten in die untere Etage. Die Tochter ist schwerverletzt, der Präparand Süßner erlitt einen Beckenbruch und Quetschungen. Die übrigen drei wurden leicht verletzt.

Ein schwerer Unfall hat sich auf dem Bahnhof Fürstentbrunn bei Berlin ereignet. Der Bahnhofsvorsteher bemerkte, als der Zug in Bewegung gesetzt worden war, daß die Tür eines Abteils offen stand; er schwang sich auf das Trittbrett, glitt jedoch aus und kam unter die Räder. Der rechte Arm ist ihm vollständig abgefahren worden, außerdem hat er schwere Verletzungen am Kopf und an der Brust erlitten.

Die nackte Wabe. Das Städtchen Rottenburg bei Fulda hat zu dem Kapitel „Kunst und Sittlichkeit“ ebenfalls einen Beitrag geliefert. Wie wir in der „Frankfurter Volksstimme“ lesen, sind vor dem Hauptportale des dortigen Lehrerseminars vor einiger Zeit zwei lebensgroße allegorische weibliche Figuren aufgestellt worden, die der Berliner Bildhauer Professor Bürgel geschaffen hat. Die farbige behandelten Gewänder dieser Figuren lassen die Körperformen deutlich hervortreten; außerdem ist — o Schreck! — das vorgestellte rechte Bein, das sogenannte Spielbein, bis zu m Knie unversehrt. Diese nackte Wabe, die infolge der kalorienreichen Behandlung der Statuen besonders auffallen soll, hat nun bei schämigen Leuten Anstoß erregt und zu einer Beschwerde bei der Regierung geführt. Die Behörde soll auch jetzt angeordnet haben, daß die Figuren durch eine andere Bemalung ein dezenteres Aussehen bekommen. Wie kann man aber auch weibliche Figuren vor einem Lehrerseminar aufstellen, ohne den beiden Damen die „deutlich hervortretenden Körperformen“ zu verdecken. Wenn man nur durch brodene Strümpfe diesen schamlosen Weibern angezogen hätte. Dann wäre doch wenigstens den angehenden Lehrern dieser unzüchtige Anblick erspart geblieben. Hoffentlich hat die Regierungsbehörde nun auch wirklich kunstfertige Beamte, die die Figuren denn auch so bemalen, daß sie ein dezenteres Aussehen bekommen. Es geht nichts über eine keusche Behörde!

Beim Fensterputzen verunglückt. Zwei Handwerksburschen, die am Städtischen Krankenhaus zu Worms mit Fensterputzen beschäftigt wurden, stürzten von der Leiter. Dem einen durchschritt das Glas die Kehle, sodas alsbald der Tod eintrat. Der andere wurde schwer verletzt.

Liberaler Schweifwedelei. In der liberalen „Neuwieder Zeitung“ wird der Einzug des jungvermählten Prinzen Viktor von Wied und seiner Frau durch ein Poem verherrlicht, dem wir folgende Schlusszeilen entnehmen:

Oft noch Neuwied durch Besuch zu beglücken,
Laden die jubelnden Bürger Dich ein.
Rührung umfaßt uns, Dich heut zu erblicken
als Neuwiedermähtel!

Möge es immer so sein.
Was die Redaktion dieses liberalen Blattes sich bei der Aufnahme des blödsinnigen Schwafels gedacht hat, mögen die Götter wissen! Ob das Paar immer neuvermählt bleiben soll, oder ob die „Rührung“ immer so bleiben soll, wer kann es außer der „Neuwieder Zeitung“ und dem Poeten wissen! Jedenfalls wird auch der angegedichtete Prinz sich für die Zustimmung, sein ganzes Leben in den Fittlerwochen zu verbringen, höchstens bedanken!

Großfeuer. In der Salpeterabteilung der Chemischen Fabrik Köln-Ralk brach ein Feuer aus, das einen derartigen Umfang annahm, daß die gesamten Wärsen Köln zur Hilfeleistung heranrückten. Auch eine Anzahl benachbarter Häuser wurde vom Feuer ergriffen. Die Feuerwehren hatten große Mühe, den Herd des Feuers einzudämmen, was nach anderthalbstündiger Arbeit gelang.

Götterdämmerung im Mansfeldschen. Man berichtet aus Halle a. S.: Weil die ehrbaren Jungfern und Jungfrauen Mansfelds nicht immer ihre heiligsten Güter gewahrt haben sollen und der Liebesgott Amor aus Sicht nach Reinheit häufig das kirchliche Personenstandsregister in Unordnung gebracht hat, haben mehrere Gemeindefürsorge, so auch der in Erbfolge beschlossene: „Die Ehrenprädikate Jungfrau und Junggefelle kommen künftig bei Aufgebot und Trauung in Wegfall.“ Der Beschluß wurde sogar auf Antrag der Geistlichen gefaßt, die darüber klagen, daß „gute Sitten“ im Falle begriffen sind und die Ehrenprädikate Jungfrau und Junggefelle von vielen Paaren zu Unrecht in Anspruch genommen worden sind. Das Geburtsregister habe in jedem Jahre bei einer Anzahl von Fällen nachgewiesen, daß Geistliche bei amtlicher Verkündung veranlaßt worden sind, die Unwahrheit auszusprechen. Die Folge der falschen Angaben war, daß die „Ehrenprädikate“ im Trauregister gefälscht wurden und die Geburt des ersten Kindes mit Datum daneben vermerkt wurde. An der „Sitte“ bezüglich Trauung mit Kranz und Schleier soll auch ferner festgehalten werden. Die Ehrenprädikate fallen stillschweigend fort. Auf ausdrücklichen Wunsch der Brautpaare werden aber die Ehrenprädikate demnach verliehen. Dies soll aber dann „auf eigene Rechnung und Gefahr“ geschehen. Was wird unser lieber Aренд! Mägte nicht er, der mindestens mit solcher Reinheit aus der Wahlakatsbüchse als Abgeordneter hervorgegangen ist, wie manche Jungfrau aus der kirchlichen Trauung, aus ehler Reinheit sofort das Mandat niederlegen? — Immerhin ist der Beschluß des Kirchenrates anzuerkennen. Er versucht die Heuchelei der „Gläubigen“ im Kreise etwas einzuschränken. — Es dämmert etwas.

Die Leibeigenschaft in Ostelbien. Der Kulturzustand des Junterparadieses spiegelt sich in folgender amtlichen Bekanntmachung im „Marienburger Kreisblatt“ vom 19. Juni wieder:

„Mr. 3. Die Knechte Karl Janki aus Königsdorf und Fritz Czeczyński aus Jonsdorf sind wiederholt aus dem Dienst in Parwan entlaufen. Der Knecht Otto Wroblewski aus Jonsdorf ist wiederholt aus dem Dienst des Gutsbesizers Metelberger in Altfelde entlaufen. Vor Jndienahme wird gewarnt.“

Umt Altfelde, den 19. Juni 1912.

Der Amtsvorsteher. Die amerikanischen Sklavenbarone bezogen ein Blutshunde hinter ihre Sklaven her, wenn diese flüchteten. Die Junfer haben keine Blutshunde, aber — Kreisblätter, und diese erfüllen denselben Zweck! Aber außer den Arbeitsmülligen gibt es auch noch unglückliche Wesen, die Last- und Luftklasten zugleich sind. Aus derselben Gegend wird berichtet: Das Dienstmädchen Anna Stomkowski aus Schönhorst war, als es in Baldau diente, von einem Inspektor geschwängert worden. Als sein Zustand bekannt wurde, mußte es den Dienst verlassen. Das gleiche hat sich dann noch dreimal zugetragen. Wenige Tage vor der Entbindung jagte man die Unglückliche aus ihrem Heimatort Schönhorst, wo sie zuletzt in Stellung war, fort. Auf der Fahrt nach Dirschau gab das Mädchen dann in einem Abteil des Kleinbahnzuges einem Kinde das Leben. In ihrer Verzweiflung sogte die Ausgestoßene dem kleinen Wesen Salzsäure ein, die den Tod des Kindes herbeiführte. Wie sie vor Gericht erklärte, wollte sie sich ebenfalls vergiften, sei daran aber durch das Dazwischentreiten von Bahnbeamten verhindert worden. Das Schwurgericht in Marienburg erkannte auf die niedrigst vorgeschriebene Gefängnisstrafe von zwei Jahren und rechnete auch zwei Monate Untersuchungshaft an. Die Geschworenen beschloßen, ein Gnadengeuch einzureichen.

Ein böser Straßhändler. Der „Argenbote“, Amtsblatt des Oberamtsbezirks Lüneburg, im 19. Juni, veröffentlicht am 5. Juni d. J. folgende amtliche Bekanntmachung: „Verfügung des Winteriums des Innern, betr. Maßregeln gegen die Maul- und Klauenseuche... 4. Mit der Vornahme der in § 5 Nr. 1 a. a. D. vorgeschriebenen Untersuchung und der daran sich anschließenden Ausstellung von Gesundheitszeugnissen können unter den in Abs. 2 erwähnten Voraussetzungen vom Oberamt an Stelle des Oberamtsarztes andere zuverlässige Tiere betraut werden, sofern es sich um Rindvieh (nicht aber Schweine) handelt...“

Schweres Unglück am Niagarafall. Nach einem Telegramm aus Buffalo ist ein Bier am Niagarastrom plötzlich zusammengebrochen und zwar am

Absterfall. 200 Personen stürzten in Wasser; die meitaus größte Zahl konnte gerettet werden. Anscheinend sind etwa 15 Personen ertrunken; mehrere Leichen wurden bereits geborgen.

Die Situelle in Spanien. Seit einigen Tagen herrscht in ganz Spanien eine außerordentliche Hitze, die schon mehrere Opfer gefordert hat. In Sevilla erreichte das Thermometer gestern 53 Grad in der Sonne. Die umliegenden Wälder sind in Brand geraten, wodurch ungeheurer Schaden angerichtet wurde. In Bilbao sind infolge der großen Hitze 20 Personen gestorben. In Barcelona befürchtete man den Ausbruch der Cholera. Die Behörden ließen alle Wohnungen desinfizieren, um den Ausbruch der Seuche zu verhindern.

Kleine Chronik. Das 16jährige Dienstmädchen Maria Andrajewski in Berlin wurde wegen Verdachts des Mordversuchs festgenommen, weil sie bei ihrer Dienstherrin, Tapeziererin, Buttkamerstraße 22, eine Treppe, aus Rache über schlechte Behandlung einen Gasbrenner in dem Schlafzimmer der 11 Wochen alten Zwillingeinder der Mohrinischen Eheleute geöffnet zu haben scheint. Die Kinder befanden sich außer Lebensgefahr. — In Hartmannsdorf stieß ein Automobil des Färbereibesizers Höhne mit einem Omnibus zusammen. Die Insassen des Automobils wurden herausgeschleudert, wobei die 12jährige Tochter Höhnes den sofortigen Tod fand, während Höhne schwere Kopfverletzungen erlitt; die Mutter erlitt ebenfalls Verletzungen. — Auf der Kalischchanlage in Rippa bei Herzfeld wurden durch zu spätes Losgehen eines Sprengschusses ein Arbeiter getötet und vier schwer verletzt. — An der schlesisch-palästinischen Grenze ereignete sich auf der Eisenbahnstrecke Przeworsk—Jaroslaw ein schwerer Unglücksfall. Vier Arbeiter, die auf der Strecke beschäftigt waren, überhörten einen herannahenden Güterzug. Die Lokomotive faufte in die Gruppe hinein und tötete alle vier Arbeiter. — Ein mit seiner Frau in glücklichen Verhältnissen lebender Wiener Maler, Friz Bontini, hat sich mit seiner Gattin, der Tochter eines bekannten Architekten, erschossen. Über die Gründe der Tat verlautet, daß die Frau infolge hochgradiger Nervosität Hand an sich legte. Als Bontini nach Hause kam und seine Frau tot vorfand, erschob er sich ebenfalls. — Wie aus Angers gemeldet wird, explodierte bei Tageslicht am Abend die Lokomotive eines Güterzuges. Der Lokomotivführer und der Heizer fanden ihren Tod. — Der in der Fremdenliste zu Alexandria untergebrachte Geistliche Bonfana, der schon früher ein unfähiges Lächeln erwidert hatte, entwich aus der Anstalt und begab sich in sein Haus zurück, wo er seinen Bruder, seine Schwägerin und deren zwei Kinder durch Messerstiche ermordete.

Standesamtliche Nachrichten

vom 16. bis 22. Juni 1912.

Geburten.

- a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.
11. Juni. Schiffbauer J. D. Konrad. Schlachter G. Th. H. Müller. 12. Maurer H. W. Chr. Denker. 13. Maurer C. R. H. Frohriep. Arbeiter E. Krause. 14. Träger G. H. Möllermann. 15. Arbeiter J. H. F. Wegner. 16. Schmied R. R. Kluge. 17. Schlosser H. W. J. A. Geißler. Arbeiter J. H. H. Hubert. 18. Handlungsgehilfe H. W. Niebuhr. Arbeiter H. Chr. Stampfer. Steindrucker H. W. Bölkow. Tischler G. R. Th. Manke. Anstreicher J. H. F. Oldörp. Gärtner C. H. W. Erund. 19. Maler- und Lackiermeister C. E. U. L. Kreuzmann. 20. Eisenbahnwagenschieber D. J. Baudisch. Tischler J. J. H. Gramkow. 21. Arbeiter W. H. J. Karberg.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

12. Juni. Kaufmann W. J. H. Koef. 14. Telegraphenarbeiter W. H. L. Zamm. Chorführer H. Schmitt. 15. Kellner C. F. J. Both. Möbelschleifer H. F. W. Blohm. 16. Gobelmeister J. D. Weich (Vormer). Telegraphenarbeiter H. R. C. Fejner. Arbeiter U. C. H. Dettmann. Arbeiter H. A. R. Rothländer. 17. Schlosser C. D. C. Baegel. 18. Arbeiter H. F. H. Bruhn. Straßenbahnkassierer W. H. J. Gwerz. 19. Kutcher H. F. Nagel. 20. Schiffszimmermann P. J. H. Meing. 21. Friseur H. G. Broders.

Angeordnete Aufgebote.

Juni: 17. Techniker M. R. Hoffmann und C. W. Röbner in Breslau. Sergeant B. Wanzenberg und L. J. Ol-

rogge. Handlungsgehilfe C. H. F. Sonnenberg und J. M. Behrens. Dachdecker C. H. Hebig und R. E. A. Garfens. Telegraphenarbeiter A. E. F. Bochtolt und M. M. L. Geißler. Former J. Hoops und M. D. J. Voht. Weinsticker J. W. R. Henrichen in Hamburg und A. J. S. Dethloff. Opemfänger R. Krää gen. Grte und R. S. C. Krause. Arbeiter H. F. W. Lemke und D. C. E. Heuer, beide in Moising. Arbeiter A. F. Ehler in Klein-Mühlen und M. M. J. Roggentamp in Meeßen. 18. Arbeiter H. H. A. Spindler und D. J. R. Hein, beide in Moising. Arbeiter R. J. H. Kruse und M. R. Chr. Moeller. Steinleger C. F. C. Möller und C. A. H. Kröger. Oberleutnant im Leib-Genadier-Regiment Nr. 8 C. E. R. Krause in Berlin und U. M. C. Wehn. Versicherungsbeamter Chr. R. G. Heinsohn und M. R. Verlien. 19. Kaufmann J. H. R. J. Brandt und U. H. C. Döring. Maschinenmeister U. J. H. Dahlke und D. H. C. Wolters. Arbeiter C. F. H. Grimm und J. S. C. Schladig. Bureaugehilfe F. Chr. Jürgen und U. H. B. Lehsten. 20. Schlosser R. W. Steinfatt und M. C. Dreilich. 21. Arbeiter J. U. W. Th. Behrens und L. M. C. Hinrichs. Kaufmann J. D. Schumacher in Büchel in Thüringen und U. G. W. J. Vahrdt. Bureaugehilfe R. A. J. D. Rando und F. M. A. Subrbier in Greuzhausen. Arbeiter R. F. H. Graap und U. V. Vahr, beide in Neustadt in Holstein. 22. Kellner H. M. A. Hornung und C. F. S. F. Luckmann, beide in Hamburg. Kellner C. W. J. R. Helms und U. A. H. Gillebrandt in Kiel. Arbeiter U. A. Nestler und M. Dahlke. Arbeiter H. R. Martens und C. A. A. Bries. Schlosser R. R. R. Franck und M. M. Fick. Schlosser R. H. F. L. Düster und M. A. W. Utesch.

Scheitlungen.

Juni: 18. Obermaschinenmaat W. R. Daniel in Kiel und J. M. H. Verfel. Kaufmann J. A. J. L. Schlieper und F. R. Chr. E. Bibow. 21. Vizefeldwebel H. M. M. J. Dinkel und G. A. M. Koch. Postbote H. H. R. Waack und A. D. Siwertsen. 22. Kaufmann A. H. C. Arst in Leipzig und J. Ch. A. Koch. Bäcker und Konditor M. G. F. Peters in Doberan und L. M. R. Steen. Sattler F. Jey und R. Schnee. Abteilungsvorsteher am Museum für Völkerkunde Dr. phil. B. Hambruch in Hamburg und B. M. C. Schmidt.

Sterbefälle.

14. Juni. Maschinist R. F. Anderson, 48 J. (Norreköping). 15. K. S. geb. Kalfak, Ehefrau des Arbeiters H. J. H. Müller, 63 J. Ein Mädchen, 4 Std., B.: Kellner C. F. J. Both. 16. F. W. H. Million, 20 J. 17. Arbeiter R. J. C. Gehrt, 69 J. G. M. G. J. C. Schulz, 6 J. Privatmann U. H. Braach, 75 J. 18. Ein totgeb. Mädchen, B.: Steinbrucker H. A. F. Böltow. Dienstmädchen J. A. M. Schimmelfennig, 20 J. W. D. R. Mathiesen, 1 J. H. E. C. A. Müller (Müller), 17 J. 19. Früherer Güterbodenarbeiter J. H. Bülow, 76 J. Ein totgeb. Mädchen, B.: Hallenaufseher am Schlachthof J. W. H. Ritter. R. M. D. geb. Metelmann, Witwe des Zimmermeisters J. H. F. Oberling, 62 J. Maurer C. F. W. Möller, 19 J. (Stokkendorf). 20. J. M. W. geb. Fabrenkrug verwitwete Richard, Ehefrau des Arbeiters J. F. W. Kempau, 71 J. Arbeiter J. H. Chr. Clafen, 47 J. S. R. Th. geb. Schuhmacher, Witwe des Organisten und Lehrers J. H. Burmeister, 85 J. Arbeiter M. C. C. Seidel, 45 J. Arbeiter J. H. C. Ohlbad, 55 J. 21. Werkmeister R. Th. Proitt, 42 J. Revisionsaufseher a. D. J. F. Lentföhr, 78 J. Konditorin M. E. F. H. Bohndorf, 20 J. W. B. F. Wulff, 7 J. 22. W. H. H. Cravaad, 1 J.

Briefkasten.

Mehrere Anfragende. Wird sind nicht in der Lage, Rabatmittel gegen die gegenwärtig auftauchenden verschleierten Wärrer anzugeben. Es empfiehlt sich, hierüber einen Drogisten zu befragen.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stellings. Verleger: Th. Schwab. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Insertate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des wert-tätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“.

Siegerin "Palmara" Mohra	Brauereien Elbschloss, Kieker Schloßbräu	Drogerien W. Hohenfeld, Marist. 42c. T. 736. Ang. Prösch, Mühlent. 33. Julius Vogt, Germania-Drogerie Elstr. Ecke Köhlerstr.	Friseur, Parfüm. J. Jobs, Kühn, Raubezg. Allee 42a.	Kurz-Weiss-Wollw. O. Sinnenwald, Lindenstr. 39. Paul Remien, Malente Bahnhofsstr.	Billigste Bezugsquelle für Oten, Herde, Gaskocher, Grundöfen Adolf Borgfeldt, Fennrl 672, Mühlent. 35 und 40.
Arb.- u. Berufs-Kl. J. H. Fein, am Markt Endolph Karstadt, Entin. K. Quitzau, Schwartau, Markt 11.	F. Veermüller Juhl, Schwartauer Allee No. 35 Brauerei in Gebirgen a. Fläsech Franz Langloß, Schälstaper H. Braubier.	Fahrräder, Nähmasch. H. Benthien, Fackenberg Allee 53. Deutsches Nähmaschinen-Haus Gustav Rath, Frister & Rosmann - Nähmasch. Franz Busse, Wahnstr. 42 Koch Israel, Allee 31 Hein. Lüne, Gr. Burgstr. 23 M. Gertraud-Fahrräder, Juhl, Müller, Arnst. 22 Erstklass. Räder u. Nähmasch. billig. Johs. Meyer, Kömistr. 51 Carl Petersen, Malente, Bahnhofsstr. 23 H. Lüne, Schwartau, Lübb.-St. H. Lüne, 71. Rep. Sämtl. Ersatz.	Galant-, Spielwar. C. Blesath Wwe. Sandstr. 9.	Manufakturwaren Johann Dittmer, Drögest. 12a. Paul Remien, Malente, Bahnhofsstr. J. Zimmermann, Malente, Bahnhofsstr. Hamb. Engros-Lager, Schwartau. K. Quitzau, Schwartau, Marktstr. 14.	Putz u. Modewaren B. Döhrmann, Holstenstr. 18.
Art. z. Krankenpf. F. W. Heyde, Köhler- str. 32.	Brennmaterialien H. Schmitt, Augustenstr. 14/15a. L. Wollbrandt, Rosengarten 11.	Farben u. Lacke J. Becker, Dornestr. 21 W. Hohenfeld, Marist. 42c. T. 736. Ferd. Kayser, Breitenstr. 21. Ang. Prösch, Mühlent. 33.	Handels-Lehranst. Privat-Handels-Institut Herm. Lips, Dankwartsgrube.	Möbelmagazine Hinz & Stech, Möbel-Fabrik, Mölsing, Allee 60. Detail-Verkauf in der Fabrik. W. Pamperln, Mühlent. 47. Wohnungseinrichtg. z. bill./ca. Pr.	Empfehlensw. Restaur. Wacknitz-Strand, Lübeck, Blankst. 83.
Bäckereien J. Bixmann, Fischer- grube 41. H. Jürgstorf, Warendorferstr. 35. R. Kasch, Fleischhauerstr. 32, Fels-, Weill- u. Großbäckerei. W. Kraus, Fackenberg, Allee 51a. Ad. Hinzemann, Weidener- str. 21, Fels-, Schwarz- u. Weidener- B. Plath, Schloß- Lübeckstr. 3. W. Schödel, Traventide.	Butter-, Käsehdign. Ludw. Hartwig, Oh. Trave 8. L. Halm, Fackenberg, Allee 51. Tegel, Große Tiefenbatter. W. Rockstein, Hüst. 21. Scaurus, Hüst.	Fleisch- u. Wurstw. Hans Gerds, Elwiesstr. 1a. Prize Fleisch- und Wurstwaren. Carl Gipp, Mölsinger Allee 4. Gottlieb, Kömistr. 104. Carl Joost, Beckergarbe 1. C. Eichen, Profenstr. 14 W. Leuchte, An der Mauer 41a. F. Märck, Kupferhammerstr. 63 J. Halm, Lübeck, mit elektr. Befr. J. Halm, Kömistr. 104. Gust. Zach, Köhlerstr. 32. O. Olesloe, Braumstr. 2. L. Müller, Pa. Fiesche- u. Wurstw.	Haus-u. Küchenger. Job. Baade, Lübeck, Fackenberg. Allee 34a. Paul Reher, Tunkenhagen 5. E. Winkelmann Nachf., Entin. Louis Rathmann, Schwartau.	Häute und Mützen Adolph Dimpker, Lübeck, Wahnstr. 9. Ang. Tross & Sohn, Holstenstr. 24.	Seifen, Toilette-Art. Ludwig Hartwig, Lübeck, Oh. Trave 8.
Beerd. u. Sarg-Mag.	Cigarrenhandlg. A. Barmer, Lübeck, Fackenberg, Allee 11. Ludw. Hartwig, Oh. Trave 8. O. Kiecke, Kömistr. 64, Ecke Hüststr. Rob. Kiecke, Engestr. 61. H. Kiecke, Kömistr. 104. Jacob Meier, Warendorferstr. 19a. Conrad Rotke, Fleischhauerstr. 15. Paul Tittel, Steuerg. 2. W. Halm, Entin, Lübeckstr. 34.	Kino-Salon Biophon-Theater Breitenstr. 52. Vornehmstes am Platz. Vollendetste Vorführ. leber- der, singender, sprechender Photogr.	Herren- u. Knab.-Gard. Joh. Dittmer, Lübeck, Drögest. 12a. Kudolph Karstadt, Entin.	Molkereiprodukte Hanse-Meierei Amme Lübeck, Lübeck von Milchprodukten aller Art.	Schuhwaren Aug. Barmester, Fackenberg, Allee 40. M. Maxein Wwe., Mölsing, Allee 40. Mühlent. 2a. Elsa Paulsen, Spez.: Briefmarken.
Central-Gründungsanstalt A. Brodersen, Amst. 17, Tel. 1001. P. Halm, 11. Sänge in allen Prästagen.	Wäsche-Verleib-Institut Spezial: Hans- u. Fein-Wäsche. W. Röper, Fackenberg, Allee 51. Hansa, W. Fackenberg, Allee 51. W. Krüger, Warendorferstr. 1a.	Kolonial-, Fettwar. Fiedler J. Behm, Hansastr. 97. Johs. Breede, Dankwartsgr. 31. Kobah. Bären, Amst. 1a. Heinr. Franck, Wahnstr. 62. Ludw. Hartwig, Oh. Trave 8. Carl Hindoffsky, Marktstr. 44. D. Lerch, Lg. Lohberg 37. Ernst Lüth, Köhlerstr. 5. H. Schmitt, Augustenstr. 14/15a. J. Scaurus, Hüst. H. Lettow, Entin, Weidenerstr. 4. Louis Rathmann, Schwartau. J. U. Kröger, Traventide.	Hüte und Mützen Adolph Dimpker, Lübeck, Wahnstr. 9. Ang. Tross & Sohn, Holstenstr. 24.	Meiereien Meierei Rensefeld Inh. Paul Bickert, Vorteilhaft Bezugsquelle für Milch und Butter. Meierei Schwartau Inhaber Philipp Bittel, Tel. 2144 Milch und H. Molkereiprodukte.	Stahl-, Eisenwaren Franz Gensmer, Fackenberg, Allee 10b. Fennrl 1031. F. Wichmann, Hozer, Schlachthof.
Besochlanstalten Hansa J. Dettmann Beckergarbe 31. L. Halm, Warendorferstr. 21.	Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!	Optik u. Mechanik Carl Volger, optisches Spe- zial-Geschäft. 56 Breitenstr. 56.	Photogr. Ateliers Lübeck, Gr. Burgstr. 15. Int. Pingel, Johannsstr. 15. Breitenstr. 3. Samson & Co., Fennspr. 1057.	Uhren-Repar.-Werkst. Amerikanische, Hüst. 71. Fast jede Reparatur nur 1 Mk. 2 Jahre schriftliche Garantie.	Uhren-, Goldwaren August Dittmer, Uhrmacher Hüst. 32. Willi Westfaling, Holstenstr. 32. H. Nevermann, Schwartau.